



Schweizerische Eidgenossenschaft
Confédération suisse
Confederazione Svizzera
Confederaziun svizra

Geschäftsbericht des Bundesrates 2020

Band II

Herausgeberin: Schweizerische Bundeskanzlei
ISSN: 2673-2815
Verfügbar auf: www.bk.admin.ch
www.bundespublikationen.admin.ch

Geschäftsbericht des Bundesrates 2020 – Band II

Bundesratsbeschluss vom 17. Februar 2021

Einleitung	2
Bundeskanzlei.....	3
Departement für auswärtige Angelegenheiten	9
Departement des Innern	18
Justiz- und Polizeidepartement.....	26
Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport.....	31
Finanzdepartement	36
Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung	43
Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation	49

Einleitung

Nach Artikel 51 des Regierungs- und Verwaltungsorganisationsgesetzes vom 21. März 1997 (RVOG) planen die Departemente, Gruppen und Ämter ihre Tätigkeit im Rahmen der Gesamtplanungen des Bundesrates. Dabei teilen die Departemente vor Beginn des Jahres ihre Jahresziele der Bundeskanzlei mit, die sie gesamthaft dem Bundesrat zur Kenntnisnahme unterbreitet. In diesem Zusammenhang haben die Departemente sicherzustellen, dass ihre Jahresziele materiell mit den Jahreszielen des Bundesrates koordiniert sind.

Die Jahresziele der eidgenössischen Departemente und der Bundeskanzlei werden jeweils mittels eines Ziel-Massnahmenkatalogs konkretisiert. Damit wird die geeignete Grundlage für einen Soll-Ist-Vergleich auf Ende des Geschäftsjahres geschaffen. Der Zielerreichungsgrad wird wie folgt bestimmt:

<i>Realisiert:</i>	Alle Massnahmen eines Ziels sind realisiert.
<i>Überwiegend realisiert:</i>	75 % und mehr der Massnahmen sind realisiert.
<i>Teilweise realisiert:</i>	25–74 % der Massnahmen sind realisiert.
<i>Nicht realisiert:</i>	Weniger als 25 % der Massnahmen sind realisiert.

Zeichenerklärung:

* basierend auf den Zielen des Bundesrates für das Jahr 2020 – Band I

Bundeskanzlei

Ziel 1 Optimierung von Organisation und Abläufen

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Budgetplanung (Voranschlag mit Integriertem Aufgaben- und Finanzplan) und die politische Jahresplanung (Jahresziele des Bundesrates) werden besser aufeinander abgestimmt.**

Der Bundesrat hat am 8. Mai 2020 entschieden, die Planungsprozesse für die Jahresziele und den Voranschlag mit IAFP per 2021 zu synchronisieren. Ausserdem hat er die BK und die EFV ermächtigt, die Erhebung der dafür notwendigen Daten über eine gemeinsame Datenbank zu organisieren. Als weitere Änderung hat er gutgeheissen, den Band II der Jahresziele (departementale Ziele) per 2021 in den Voranschlag mit IAFP zu integrieren. In Zusammenarbeit mit den Departementen wurde die gemeinsame Datenbank entwickelt und die Detailplanung für die angepassten Prozesse festgelegt.

- ▶ **Die Englisch-Übersetzungsdienste des EJPD, des VBS (GS und Verteidigung), des UVEK und des WBF sind auf der Grundlage einer Vereinbarung bei der BK zentralisiert und in den Englischen Sprachdienst BK eingegliedert.**

Bereits seit dem 1. Januar 2020 sind die Englisch-Übersetzungsleistungen des EJPD und VBS (GS, Verteidigung, NDB und AB-ND) bei der BK zentralisiert. Jene des UVEK und des WBF folgen, die entsprechenden Vereinbarungen sind unterzeichnet. Die verbleibenden Teile des VBS (BABS, Baspo und swisstopo) folgen ebenfalls. Die bisher gemachten Erfahrungen sind positiv.

- ▶ **Das Bundesratscontrolling weist zuhanden der Geschäftsleitung monatlich auf wesentliche unerledigte Aufträge hin.**

Die Geschäftsleitung wurde anfangs Jahr monatlich über die wesentlichen noch offenen Aufträge hingewiesen. Da die BK und die Departemente viele Aufträge aufgrund der Covid-19-Pandemie zurückstellten, wurde auch das damit verbundene Reporting an die Geschäftsleitung während mehreren Monaten eingestellt, bevor es im Herbst wiederaufgenommen wurde.

- ▶ **Erfüllung angenommener Motionen und Postulate: Die vom Bundesrat angenommenen Empfehlungen aus dem Bericht der GPK-S «Erfüllung angenommener Motionen und Postulate» sind umgesetzt bzw. befinden sich in der Umsetzung.**

Die Empfehlung, den ursprünglichen Wortlaut des Vorstosses in die Abschreibungsanträge zu integrieren, wurde im Berichtsjahr 2019 bereits umgesetzt. Eine Klärung der Kompetenzen und Verantwortlichkeiten für die Berichterstattung wurde im November 2020 mit den Departementen vorgenommen. Die Prüfung, inwiefern die bestehenden Anwendungen und IKT-Mittel für eine medienbruchfreie Eingabe und Bearbeitung der Grundlagen zur Erstellung des Berichts in den verschiedenen Verwaltungseinheiten verwendet werden können, erfolgte in der Form eines «Proof of Concept». Es konnte erfolgreich gezeigt werden, dass zwischen einer Datenbank der Parlamentsdienste und einer Testanwendung der Bundeskanzlei strukturierte Daten ausgetauscht werden können. Sowohl die Parlamentsdienste als auch die Bundeskanzlei haben aufgrund dieser Ergebnisse beschlossen, diese Kommunikationsinfrastrukturen definitiv aufzubauen und für den Austausch strukturierter Daten zwischen Legislative und Exekutive zu nutzen.

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Meilensteine der Gesamterneuerungswahlen der Ausserparlamentarischen Gremien (APG) sind fristgerecht erreicht und die Berichterstattung an das Parlament ist qualitativ einwandfrei bereitgestellt.**

Der Bundesrat hat am 27. November 2019 die Gesamterneuerungswahlen der ausserparlamentarischen Kommissionen, Leitungsorganen und Vertretungen des Bundes vorgenommen. Er hat rund 1600 Mitglieder für 132 Gremien gewählt, von denen 110 eigentliche ausserparlamentarische Kommissionen sind. 2014 waren es noch 118 Kommissionen. Der Bestand konnte somit um fast sieben Prozent reduziert werden. Die zuständigen Kommissionen haben den Bericht am 18. August 2020 (SPK-S) und am 19. November 2020 (SPK-N) zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Bis Ende 3. Quartal ist eine revidierte Version des Botschaftsleitfadens in Kraft.**

Der revidierte Botschaftsleitfaden mit den neuen Abschnitten zur Regulierungsfolgenabschätzung (Bundesratsbeschluss vom 6. Dezember 2019), zur Qualität und Transparenz der Daten als Grundlagen für Entscheide über Rechtsetzungsvorhaben (Bundesratsbeschluss vom 15. Januar 2020) und zur Botschaftsplanung wurde im August 2020 dreisprachig im Internet aufgeschaltet, bekannt gemacht und gilt seitdem.

- ▶ **Der Bundesrat hat im ersten Quartal 2020 die Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 in drei Sprachen verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 29. Januar 2020 die Botschaft zur Legislaturplanung 2019–2023 in drei Sprachen verabschiedet. Er setzt auf Kontinuität und hält an den drei Hauptzielen der letzten Legislatur fest: Wohlstand, Zusammenhalt und Sicherheit. Mehr Gewicht sollen die Digitalisierung und der Klimaschutz erhalten.

- ▶ **Die BK hat eine Auslegeordnung zu den Einflussfaktoren betreffend die politische Meinungsbildung im Vorfeld von Urnengängen und eine Risikoanalyse mit Blick auf mögliche Beeinflussungsoperationen (ausländischer Akteure) vorgenommen. Ausgehend davon hat sie mögliche Massnahmen, um die freie Willensbildung und unverfälschte Stimmabgabe zu sichern, geprüft.**

Während des Berichtsjahres wurde in Zusammenarbeit mit dem UVEK/BAKOM entschieden, in einem ersten Schritt eine Auslegeordnung zu den Einflussfaktoren betreffend die politische Meinungsbildung im Zuge der Arbeiten am Gouvernanzbericht von Informationsintermediären vorzunehmen. Diverse wissenschaftliche Studien befinden sich in der Analyse und Bewertung. Gleichzeitig wurde beschlossen, in Absprache mit der Kerngruppe Sicherheit, ein für 2020 geplantes Mandat für eine Bedrohungsanalyse mit Blick auf mögliche Beeinflussungsoperationen neuauszurichten und terminlich anzupassen. Zudem hat die Covid-19-Pandemie, die zur Absetzung der eidgenössischen Volksabstimmung vom 17. Mai 2020 durch den Bundesrat geführt hat, deutlich gemacht, dass eine Risikoanalyse sinnvollerweise über die Meinungsbildung hinaus auf die Abstimmungslogistik, die Stimmabgabe und die Ergebnisermittlung zu erweitern ist.

- **Umsetzung der überarbeiteten «Weisungen zum Krisenmanagement auf Stufe Bund»: bis Ende 3. Quartal 2020 sind die erforderlichen operationellen Massnahmen der BK mit den Departementen umgesetzt und der Bundesrat hat eine Information zum Funktionieren des Krisenmanagements auf Stufe Bund erhalten.**

Die «Weisungen über das Krisenmanagement auf Stufe Bund» sind seit dem 1. Juli 2019 in Kraft. Die operationellen Massnahmen wurden von der BK und den Departementen während der Bewältigung der Covid-19-Pandemie umgesetzt. Mit dem Bericht zur Auswertung des Krisenmanagements während der Covid-19-Pandemie wurde der Bundesrat am 11. Dezember 2020 darüber informiert.

- **Die nächste Gesamtplanung grosser Übungen ist dem Bundesrat bis Ende 2020 unterbreitet.**

Die Gesamtplanung grosser Übungen ist mit der SVU 19 verknüpft. Der Termin für den Schlussbericht SVU 19 des VBS wurde von Mitte 2020 auf Ende 2020 verschoben. Die Gesamtplanung grosser Übungen wäre parallel zu erarbeiten gewesen. Der Ausbruch der Covid-19-Pandemie und deren Bewältigung verhinderte dies. Mit dem Auftrag, das Krisenmanagement während der Covid-19-Pandemie auszuwerten, verlängerte der Bundesrat die Frist für die neue Gesamtplanung der grossen Übungen bis Mitte 2021.

- **Die Konzeptphase für das Folgeprojekt der Lage- und Umfeldanalyse sowie der Krisenfrüherkennung der BK «Schweiz 2030» ist bis Juni 2020 abgeschlossen.**

Das Konzept für die nächste Lage- und Umfeldanalyse wurde im Juni 2020 der Geschäftsleitung vorgelegt. Es wurde entschieden, dass ausgewählte Think Tanks zu spezifischen Fragen Stellung nehmen und während einer Debatte diskutieren sollen. Zudem werden die für das Projekt der Lage- und Umfeldanalyse ausgewählten Think Tanks auch von der Krisenfrüherkennung im Sinne eines Netzwerks zur Informationsgewinnung genutzt.

- **Bis Ende Januar 2020 ist dem Bundesrat Bericht erstattet und bei Bedarf Antrag gestellt zum weiteren Vorgehen bezüglich einer systematischeren Darstellung der Datenlage in Entscheidungsgrundlagen zuhanden des Bundesrates, des Parlaments und der Stimmberechtigten.**

Am 15. Januar 2020 hat der Bundesrat vom Bericht der Arbeitsgruppe «Quantitative Angaben in Entscheidungsgrundlagen», die von der BK geleitet wurde, Kenntnis genommen. Er hat die BK beauftragt, bis zum 30. Juni 2020 den Botschaftsleitfaden mit Hinweisen über die Führung einer Übersichtstabelle und über die Verwendung von Daten der Bundesstatistik zu ergänzen. Mit der Gutheissung des revidierten Botschaftsleitfadens, am 24. August 2020 durch die Generalsekretärenkonferenz, wurde dieser Auftrag erfüllt. Weiter beauftragte der Bundesrat die BK, bis am 30. Juni 2020 den Roten Ordner mit Ausführungen über den systematischen Einbezug des Bundesrates für Statistik (BFS) resp. der zuständigen Statistikproduzenten bei Vorlagen, bei denen sich die Beurteilung der Problemanalyse bzw. der Auswirkungen wesentlich auf Daten der Bundesstatistik stützen, zu ergänzen. Dieser Auftrag konnte aus Ressourcengründen im Berichtsjahr nicht umgesetzt werden. Ein weiterer Auftrag des Bundesrates an die BK betraf die Ergänzung von Artikel 8 der Vernehmlassungsverordnung über den erläuternden Bericht. Auch dieser Auftrag konnte aus Ressourcengründen bisher nicht umgesetzt werden.

Ziel 3

GEVER Bund und andere wichtige IKT-Projekte

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Abläufe zur Weiterentwicklung und Integration von BK-Fachanwendungen werden vereinfacht und beschleunigt.**

Das DevOps Team für die BK beim BIT ist aufgebaut. Ebenfalls in diesem Team dabei sind zwei Business Analysten / Product Owner der BK. Es wurden bereits Anpassungen an drei verschiedenen Anwendungen vorgenommen. Die GL BK hat beschlossen diese Art der Zusammenarbeit definitiv einzuführen und hat auch grünes Licht für ein BK-internes Unternehmensarchitekturboard gegeben, welches unter Anderem das Ziel hat, die gegenseitige Integration der BK-Fachanwendungen zu institutionalisieren.

- ▶ **Das aktuelle KAV-System ist bis am 31. Juli 2020 abgelöst und das Projekt zur Weiterentwicklung der neuen Lösung initialisiert.**

Das aktuelle KAV-System konnte noch nicht abgelöst werden, der Go-Live der neuen Anwendung ist aber geplant. Der Öffentlichkeit konnten im Rahmen von zwei public betas bereits Ergebnisse präsentiert werden. Die Arbeiten zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der Lösung haben begonnen.

- ▶ **Bis Ende 2020 können über strukturierte Datenbestände der BK zu Kernprozessen Auswertungen durchgeführt werden, insbesondere im Bereich des Bundesratsgeschäftscontrollings.**

Das Ziel wurde verschoben. Verzögerungen bei der Inventarisierung der Datenbestände, ungeplante Mehraufwände beim Publikationsservice und die Umsetzung von prioritären BR-Beschlüssen zur Digitalen Transformation, haben zum Entscheid geführt, dieses Ziel zu verschieben.

- ▶ **Die BK prüft eine Digitalisierung des Vernehmlassungsprozesses und entscheidet, ob ein entsprechendes Projekt «E-Vernehmlassung» gestartet werden soll.**

Die Arbeiten an einer Projektinitialisierungsstudie «E-Vernehmlassung» konnten wegen anderer Prioritäten (insb. Covid-19-Pandemie und Projekt DTI) noch nicht gestartet werden. Ein allfälliges Projekt «E-Vernehmlassung» ist zudem auch vom Fortschritt des Projekts KAV-Erneuerung abhängig.

- ▶ **Die Bundesratsgeschäfte können zwischen den Departementen und der Bundeskanzlei über das neue GEVER-Standardprodukt Acta Nova abgewickelt werden.**

Per Ende 2020 konnte die neue GEVER-Anwendung Acta Nova für die Abwicklung der Bundesratsgeschäfte in Betrieb genommen werden.

- ▶ **Der Aufbau eines Kompetenzzentrums Sprachtechnologie (CoE) in der BK und die Einführung eines neuen CAT-Tools (Computer Assisted Translation) in der BK und in den Departementen erfolgt gemäss Programmauftrag sowie der jeweiligen Projektaufträge.**

Die Softwarelösung wurde Anfang Oktober in der Bundeskanzlei und Anfang November im WBF erfolgreich eingeführt. Das EFD wird Ende 2020 folgen, danach sind das UVEK und das EJPD an der Reihe, gefolgt vom EDA, VBS und EDI. Der in der Programmplanung festgelegte Zeitplan wird eingehalten und der Bundesratsbeschluss vom 29. August 2018 umgesetzt. Das Kompetenzzentrum Sprachtechnologien hat am 1. November 2020 seinen Betrieb aufgenommen.

► **Die Fachstelle GEVER Bund nimmt ihren Betrieb am 1. April 2020 auf.**

Die Fachstelle GEVER Bund (FSGB) hat ihre Tätigkeit am 1. April 2020 aufgenommen, zeitgleich mit dem Inkrafttreten der revidierten GEVER-Verordnung. Die FSGB nimmt ihre Aufgaben gemäss der revidierten GEVER-Verordnung wahr. Der FSGB arbeitet eng mit den anderen Organisationseinheiten zusammen, die am Betrieb des GEVER-Standarddienstes beteiligt sind, nämlich das Informatiksteuerungsorgan des Bundes (ISB) (verantwortlich für den GEVER-Standard) und das ISCeco (GEVER-Dienstleister). Ab dem 3. April 2020 beschloss der Bundesrat die Auflösung des ISB zum 31. Dezember 2020 und die Übertragung des Grossteils seiner Aufgaben an die Bundeskanzlei. Die Bundeskanzlei erhält einen neuen Tätigkeitsbereich (Bereich DTI). Der FSGB wird diesem neuen Sektor angegliedert sein. Die Auswirkungen dieser Reorganisation, insbesondere in Bezug auf Personalfragen, sind geklärt.

► **Das zentrale Programm GENOVA hat bis Ende der Zielperiode die Einführung des neuen GEVER-Bundesstandards in den Departementen gemäss Programmauftrag unterstützt und die Übergabe der Arbeiten in die Linienorganisationen (ISB, ISCeco, Fachstelle GEVER Bund) gemäss Projektplanung «Standarddienst GEVER» (ISB-Projekt) unterstützt.**

Per Ende 2020 haben, bis auf zwei Verwaltungseinheiten, alle Departemente die neue GEVER-Lösung eingeführt. Damit arbeiten 22 000 Mitarbeitende der Bundesverwaltung mit dem neuen System. Im schweizerischen Vertretungsnetz (EDA Ausland) konnte die GEVER-Lösung Acta Nova nicht eingeführt werden. Die derzeitigen Netzwerkanbindungen der Auslandsvertretungen ermöglichen lediglich eine selektive Einbindung in Geschäftsprozesse des EDA. Das EDA prüft die Möglichkeiten zur mittelfristigen Anbindung des schweizerischen Vertretungsnetzes in eine GEVER-Lösung, wobei die technische Lösung wie auch die Finanzierung noch offen sind. Die Einführung im Bereich Verteidigung des VBS ist ebenfalls noch offen, da die neue Version des GEVER-Bundesstandards mit einer zwingend benötigten Systemerweiterung bereitstehen muss. Für die Einführung dieser neuen Version inkl. Begleitung des Bereichs Verteidigung des VBS wurde das Programm GENOVA verlängert. Die Übergabe der Arbeiten in die Linienorganisation erfolgt bereits seit Beginn 2020 schrittweise.

Ziel 4

Neuausrichtung des Versuchsbetriebs im Bereich Vote électronique

Realisiert

► **Die BK konzipiert bis Ende 2020 die Neuausrichtung des Versuchsbetriebs von Vote électronique gemeinsam mit den Kantonen und unterbreitet dem Bundesrat einen Antrag zur Beratung über das weitere Vorgehen. ***

Die BK und die Kantone haben die Arbeiten zur Konzipierung einer Neuausrichtung des Versuchsbetriebs von Vote électronique abgeschlossen. Dazu haben sie einen breiten Dialog mit Expertinnen und Experten aus der Wissenschaft und der Industrie geführt und anschliessend einen Massnahmenkatalog erarbeitet. Der Massnahmenkatalog sieht eine Etappierung mit Blick auf die Wiederaufnahme der Versuche vor. Der Schlussbericht des Steuerungsausschusses Vote électronique vom 30. November 2020 «Neuausrichtung und Wiederaufnahme der Versuche» ist auf der Webseite der BK publiziert. Der Bundesrat hat den Schlussbericht am 18. Dezember 2020 zur Kenntnis genommen und hat die BK mit der Umsetzung der Massnahmen beauftragt.

Ziel 5

Weiterentwicklung digitaler Kommunikationsmedien

Teilweise realisiert

- ▶ **Bis Ende 2020 wird – in Zusammenarbeit mit den Departementen – eine Strategie für den Einsatz sozialer Medien für den Bundesrat und die BK erarbeitet.**

Die Arbeiten sind wegen der Covid-19-Pandemie verzögert. In Zusammenarbeit mit den Departementen wurde ein Entwurf erarbeitet. Dieser befindet sich in der internen Vernehmlassung.

- ▶ **Ein neues Videoformat soll die seit 2016 produzierten Erklärvideos ergänzen. Es geht darum, die aktuellen politischen Themen ausserhalb der Abstimmungsagenda Social-Media-gerecht zu vermitteln. Die Bundeskanzlei wird ein entsprechendes Konzept der Konferenz der Informationsdienste KID präsentieren.**

Es wurden drei neue audiovisuelle Formate für die Regierungskommunikation entwickelt, die auf die sozialen Medien ausgerichtet und der KID am 27. Februar 2020 vorgestellt wurden: Ein «Kurzformat» für das aktuelle Geschehen, ein «Erklärformat», mit dem komplexe Bundesratsgeschäfte ausführlicher erklärt werden können sowie ein «Statementformat» für Bundesrätinnen und Bundesräte. Verschiedene Produktionen wurden auf der Basis dieses Konzeptes realisiert.

- ▶ **Abstimmungsvorlagen der Gemeinden des Kantons Zürich werden als Pilotprojekt in die App VoteInfo integriert und gestützt darauf wird eine Standortbestimmung über eine breitere Integration von Gemeindevorlagen vorgenommen.**

Geplant war, die Zürcher Gemeinden zur November-Abstimmung 2020 integriert zu haben. Wegen der Covid-19-Pandemie (und der abgesagten Abstimmung im Mai) verzögerte sich die Integration. Neu werden die Abstimmungen der Zürcher Gemeinden an der März-Abstimmung 2021 erstmals in der App erscheinen. Dementsprechend verschiebt sich auch die Standortbestimmung, welche der GL BK vorgelegt wird.

- ▶ **Die Broschüre und die App «Der Bund kurz erklärt» sind inhaltlich und grafisch überarbeitet und näher zusammengeführt.**

Die Broschüre «Der Bund kurz erklärt» wurde inhaltlich und grafisch überarbeitet, ihre elektronische Version, die App «CH info», entsprechend angepasst. Publikationstermin ist der 22. Februar 2021.

Departement für auswärtige Angelegenheiten

Ziel 1 Die Schweiz verfügt über geregelte Beziehungen mit der EU und ihren Mitgliedsstaaten

Teilweise realisiert

- ▶ **Das Verfahren im Hinblick auf den Abschluss eines Institutionellen Abkommens und die Verabschiedung der diesbezüglichen Botschaft wird fortgesetzt. ***

Die Arbeit zu den nötigen Klärungen für den Entwurf des Institutionellen Abkommens wurde fortgesetzt. Nach der Ablehnung der Volksinitiative «Für eine massvolle Zuwanderung (Begrenzungsinitiative)» hat der Bundesrat am 11. November 2020 seine Position zu den zu klärenden Punkten festgelegt. Der Bundesrat nahm daraufhin Kontakt mit der Europäischen Kommission auf, um die Gespräche zu initiieren.

- ▶ **Der Bundesrat hat – unter Vorbehalt der Genehmigung des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedsstaaten durch das Parlament – die Voraussetzungen geschaffen für die Genehmigung bilateraler Abkommen zur Umsetzung des Beitrags mit den Partnerländern.**

Am 3. Dezember 2019 hat das Parlament entschieden, dass Verpflichtungen in Zusammenhang mit dem zweiten Schweizer Beitrag nicht eingegangen werden, wenn und solange die EU diskriminierende Massnahmen gegen die Schweiz erlässt. 2020 wurden zwar technische Gespräche mit den Partnerstaaten geführt, die Voraussetzungen zur Umsetzung des Beitrags waren aber nicht gegeben.

- ▶ **Der Bundesrat hat – unter demselben Vorbehalt – eine rechtlich nicht verbindliche gemeinsame Verständigung (Memorandum of Understanding, MoU) mit der EU getroffen, welche die Prinzipien und Eckwerte des zweiten Schweizer Beitrags an ausgewählte EU-Mitgliedstaaten festhält.**

Gespräche wurden mit der EU über ein solches MoU geführt, ohne jedoch eine Einigung über einen gemeinsamen Text zu erzielen (siehe vorherige Massnahme).

- ▶ **Die Arbeiten im Hinblick auf eine Beteiligung der Schweiz an den EU-Rahmenprogrammen in den Bereichen Bildung, Forschung, Kultur und Raumfahrt ab 2021 werden fortgeführt.**

Das EDA und die zuständigen Departemente haben diese Arbeiten vorangetrieben. Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für die Beteiligung am EU-Forschungsprogramm «Horizon Europe» verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Beteiligung an der europäischen Zusammenarbeit (in Erfüllung des Po. Naef 17.4147) gutgeheissen. * Ebenfalls hat er die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das Europäische Globale Navigationssatellitensystem (GNSS GSA) verabschiedet.**

Der Bericht in Erfüllung des Postulats Naef 17.4147 (sowie der Po. Aeschi 13.3151 und Grüne Fraktion 14.4080) konnte im Berichtsjahr noch nicht finalisiert werden, da zuerst die weiteren Entwicklungen zum Institutionellen Abkommen abgewartet werden müssen. Die Unterzeichnung des ausgehandelten Abkommensentwurfs über die Teilnahme an der GSA wurde von der EU aufgrund mangelnden Fortschritts beim Institutionellen Abkommen blockiert. Die Botschaft ans Parlament konnte daher noch nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat verfolgt in den einzelnen Bereichen der Zusammenarbeit eine kohärente und koordinierte bilaterale Politik gegenüber den EU-Mitgliedstaaten, um so das Verhältnis zu Brüssel zu festigen.**

Die bilaterale Zusammenarbeit mit den EU-Mitgliedern wurde 2020 im Rahmen der Pandemie gestärkt. Koordinationsmassnahmen betreffend Einreisebeschränkungen an den Grenzen, Repatriierungsaktion und Lockerung der Lockdown-Massnahmen haben die Beziehungen intensiviert.

- ▶ **Die «Mind-the-Gap»-Strategie des Bundesrates wird weiterhin koordiniert umgesetzt, mit verstärktem Fokus auf die Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über den Status quo hinaus. ***

Die Arbeiten mit dem Vereinigten Königreich (UK) zielten darauf ab, die Nachfolgeregelung für die CH-UK-Beziehungen im Rahmen von «Mind-the-Gap» zu vervollständigen sowie eine Vertiefung der Zusammenarbeit in bestimmten Bereichen vorzubereiten. Am 30. Juni 2020 wurde beispielsweise ein Memorandum of Understanding (MoU) zur Vertiefung der Zusammenarbeit bei Finanzdienstleistungen unterzeichnet. Am 25. November legte der Bundesrat ein separates Kontingent für britische Arbeitskräfte für das Jahr 2021 fest. Am 14. Dezember 2020 wurde ein befristetes Abkommen über die Mobilität von Dienstleistungserbringern unterzeichnet, am 15. Dezember ein Polizeikooperationsabkommen und am 21. Dezember eine MoU betreffend Mobilität und Stärkung der Zusammenarbeit im Bereich der Migration.

Ziel 2 Die Schweiz fokussiert ihre internationale Zusammenarbeit und setzt die strategischen Prioritäten wirksam um

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Schlussbericht zur Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 gutgeheissen und die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 (IZA-Strategie 2021–2024) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 19. Februar 2020 den IZA Schlussbericht 2017–2020 gutgeheissen und die neue IZA-Strategie 2021–2024 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft über die Rahmenkredite für die Beteiligung der Schweiz an den Kapitalerhöhungen der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank-Gruppe sowie an der 7. Kapitalerhöhung der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 19. Februar 2020 verabschiedet.

- **Im Rahmen der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 hat der Bundesrat Kernbeiträge an mehrere für die Schweiz prioritäre multilaterale Organisationen und internationalen Finanzinstitutionen beschlossen, namentlich an die Internationale Entwicklungsorganisation der Weltbank (International Development Association, IDA), den Green Climate Fund (GCF), den Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) und den Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF). ***

Der Bundesrat hat am 27. Mai 2020 beschlossen, dass sich die Schweiz sich an den Wiederauffüllungen der IDA und des AfDF beteiligt sowie die seit 2005 bestehende Unterstützung für die multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) fortsetzt. Ferner hat er am 19. August 2020 entschieden, den Beitrag der Schweiz an den GCF im Rahmen seiner ersten Wiederauffüllung um 50 Mio. USD auf 150 Mio. USD zu erhöhen. Der Entscheid über einen Beitrag der Schweiz an der zwölften Wiederauffüllung des ADF wurde hingegen noch nicht getroffen, wegen der Covid-19-bedingten Verschiebung der Pledging-Konferenz durch die Asiatische Entwicklungsbank.

- **Die Schweiz hat ihr Engagement zur Reduktion der Ursachen von irregulärer Migration und Flucht im Vergleich zum Vorjahr weiter verstärkt. Der Bundesrat hat die Botschaft zum einfachen Bundesbeschluss über den UNO Migrationspakt verabschiedet. Ebenfalls hat er den Bericht «UNRWA. Rückblick und Ausblick nach 70 Jahren» (in Erfüllung des Po. Nantermod 18.3557) gutgeheissen. ***

Mit seiner IZA-Strategie 2021–2024 will der Bundesrat die Ursachen von irregulärer Migration und Flucht weiter reduzieren. Neu werden maximal 60 Mio. Franken für Projekte ausserhalb der Schwerpunktländer der DEZA reserviert. Die Botschaft zum UNO-Migrationspakt wurde aufgrund der Covid-19-Pandemie verzögert. Der Bundesrat hat am 14. Oktober 2020 den Bericht «UNRWA. Rückblick und Ausblick nach 70 Jahren» (in Erfüllung des Po. Nantermod 18.3557) gutgeheissen.

- **Mindestens 80 Vorhaben der internationalen Zusammenarbeit sind unter Bezug von externen, unabhängigen Expertinnen und Experten überprüft worden, um die Wirksamkeit sicherzustellen und zu einer produktiven Lernkultur beizutragen.**

2020 wurden 96 Projekte auf ihre Relevanz, Wirksamkeit, Effizienz und Dauerhaftigkeit evaluiert, inklusive unabhängige Evaluationen zu den Themen Katastrophenvorsorge und Stärkung der öffentlichen Finanzen sowie der Länderprogramme Mali und Burkina Faso.

- **Innovative Ansätze für das Engagement des Privatsektors zugunsten entwicklungspolitischer Ziele und zur Förderung des Privatsektors in Partnerstaaten sind bis Ende 2020 entwickelt und öffentlich vorgestellt worden.**

Als Folge der IZA-Strategie 2021–2024 wurde ein Leitbild Privatsektor vorbereitet, das aufgrund der Covid-19-Pandemie aber nicht im Berichtsjahr veröffentlicht werden konnte. Darauf basierend wurden auch Grundlagendokumente für die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor erarbeitet.

Ziel 3

Die Schweiz trägt massgeblich zu Frieden und Sicherheit bei und fördert mit Reformvorschlägen eine effiziente multilaterale Ordnung

Überwiegend realisiert

► **Der Bundesrat hat die aussenpolitische Strategie 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Aussenpolitische Strategie 2020–2023 am 29. Januar 2020 mit vier thematischen Schwerpunkten (Frieden und Sicherheit, Wohlstand, Nachhaltigkeit und Digitalisierung) und drei geografischen Schwerpunkten (Europa, übrige Regionen, Multilateralismus) verabschiedet.

► **Die Schweiz unterstützt die friedliche Lösung von Konflikten durch bilaterale und multilaterale Massnahmen und positioniert das internationale Genf weltweit als Standort für Friedensgespräche. Die Nachfrage nach Guten Diensten der Schweiz bleibt hoch.**

Die Schweiz unterstützte 17 Friedensprozesse, entweder direkt (z. B. in Kamerun) oder durch die Bereitstellung ihrer Expertise (z. B. im Rahmen der UNO in Syrien). Sie trug zudem zur Konsolidierung von Abkommen bei, die sie vermittelt hatte (z. B. in Mosambik), und beherbergte als Gaststaat acht Verhandlungsrunden. Die Schweiz war wieder Gastgeberin der regelmässig stattfindenden Sitzungen des syrischen Verfassungsausschusses. Die gemeinsame Militärkommission für Libyen hat sich ebenfalls dreimal in Genf getroffen. Die Verhandlungen führten am 23. Oktober 2020 zu einem Waffenstillstand. Im September 2020 handelten zwei jemenitische Delegationen ein Abkommen über den Austausch von rund 1000 Gefangenen aus.

► **Die Schweiz als Gaststaat bietet den internationalen Organisationen optimale Voraussetzungen. Zu diesem Zweck wird die Botschaft über die Gewährung eines Darlehens zur Renovation des Sitzgebäudes der Internationalen Fernmeldeunion (ITU) in Genf verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 22. April 2020 eine Botschaft über die Gewährung eines Darlehens zur Finanzierung des Abbruchs und des Neubaus des Sitzgebäudes der ITU in Genf verabschiedet.

► **Die Schweiz treibt ihre Kampagne im Hinblick auf ihre Wahl als temporäres Mitglied des UNO-Sicherheitsrats voran. Das EDA hat erste notwendige temporäre Struktur- und Ressourcenanpassungen in die Wege geleitet. Der Bundesrat hat den Bericht «Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat: Einbezug des Parlaments» (in Erfüllung des Po. APK-S 19.3967) gutgeheissen. ***

Die Kandidatur für einen nichtständigen Sitz im UNO-Sicherheitsrat 2023–2024 wurde am 26. Juni 2020 in Genf anlässlich des 75-jährigen Jubiläum der UNO-Charta vorgestellt und am 29./30. Oktober in New York und Bern mit einem virtuellen Kick-Off lanciert. Der Bundesrat hat am 22. April 2020 die Planung für eine temporäre Ressourcenerhöhung und am 11. September 2020 den Bericht «Schweizer Sitz im UNO-Sicherheitsrat: Einbezug des Parlamentes» gutgeheissen.

- **Die Schweiz setzt sich dafür ein, dass anlässlich der Überprüfung des Systems der Vertragsorgane der UNO Massnahmen zur Stärkung und Verbesserung ihrer Arbeitsweise beschlossen werden. Der Bundesrat hat den Bericht «Demokratisierung der Vereinten Nationen» (in Erfüllung des Po. Jositsch 18.4111) gutgeheissen. ***

Die Schweiz hat gemeinsam mit Marokko einen Bericht mit Empfehlungen für die Stärkung der Funktionsweise des Systems der Vertragsorgane ko-fazilitiert. Der Bericht «Demokratisierung der Vereinten Nationen» wurde am 4. Dezember 2020 vom Bundesrat gutgeheissen.

- **Nach ihrer Wahl in die Geschäftsleitung nutzt die Schweiz die Ausarbeitung und Verabschiedung der nächsten mittelfristigen Strategie und des nächsten Programms der UNESCO, um Reformmassnahmen vorzuschlagen, die das Funktionieren der Organisation verbessern.**

Die Schweiz hat sich aktiv an den Konsultationen der UNESCO und an den Diskussionen im Exekutivrat der Organisation beteiligt. Der Prozess schreitet jedoch nur zögerlich voran.

- **Der Bundesrat hat den Bericht über die Umsetzung der Empfehlung aus dem Rohstoffbericht gutgeheissen. Ebenfalls hat er den Bericht «Neue Bestimmungen zur Betreuung der Rückerstattung unrechtmässig erworbener Vermögenswerte» (in Erfüllung des Po. APK-S 19.3414) gutgeheissen. ***

Die Umsetzung der Empfehlungen aus dem Rohstoffbericht hat sich wegen der Covid-19-Krise teilweise verzögert. Die Veröffentlichung des Berichts wurde verschoben. Der Bericht zum Postulat APK-S 19.3414 wird erst fertiggestellt, wenn die Eidgenössische Finanzkontrolle (EFK) die Strategie der Schweiz zur Restitution von unrechtmässig erworbenen Vermögenswerten evaluiert hat.

Ziel 4

Die Aussenpolitik leistet Beiträge an die Wahrung der Sicherheit der Schweiz und die Stärkung der europäischen und internationalen Stabilität

Teilweise realisiert

- **Das EDA überprüft die Haltung der Schweiz zum Vertrag über das Verbot von Kernwaffen (TPNW) und hat dem Bundesrat bis Ende 2020 eine aktualisierte Grundlage für eine Entscheidung unterbreitet. ***

Der auf Ende 2020 geplante Zusatzbericht wurde infolge der Covid-19-Pandemie verzögert. Grund ist die Verschiebung der Überprüfungskonferenz des Vertrages über die Nichtweiterverbreitung von Kernwaffen (NPT) auf 2021. Eine fundierte Neubeurteilung von Einfluss und Tragweite des TPNW ist erst nach der NPT-Überprüfungskonferenz möglich.

- **Die Schweiz unterbreitet der UNO ihre Prioritäten mit Blick auf eine umfassende und ausgewogene Umsetzung der Globalen Strategie zur Bekämpfung des Terrorismus.**

Die alle zwei Jahre stattfindende Überprüfung der globalen Strategie der UNO zur Bekämpfung des Terrorismus ist bedingt durch die Covid-19-Pandemie verschoben worden.

- **Der Bundesrat hat die strategischen und operationellen Ziele der Korruptionsbekämpfung auf Bundesebene für die Jahre 2020–2024 festgelegt. ***

Die «Strategie des Bundesrates gegen die Korruption 2021–2024» wurde vom Bundesrat am 25. November 2020 gutgeheissen.

Ziel 5

Die Schweiz ist etabliert als Hub für digitale Gouvernanz und gestaltet die internationalen Prozesse im Bereich der neuen Technologien auf der Basis eines klaren Profils mit

Überwiegend realisiert

- **Die Schweiz stärkt eine regelbasierte internationale Kooperation im Bereich neuer Technologien. Sie leistet praktische Beiträge, um den möglichen negativen Auswirkungen auf die internationale Ordnung entgegenzuwirken, und setzt sich für das Internationale Genf als Standort zur Gestaltung der digitalen Transformation ein.**

Der Bundesrat hat am 4. November 2020 die Strategie Digitalausserpolitik 2021–2024 verabschiedet. Die Schweiz beteiligte sich an den Folgearbeiten des hochrangigen Panels des UNO-Generalsekretärs zur digitalen Kooperation und an den Diskussionen, die zur Roadmap des UNO-Generalsekretärs zur digitalen Kooperation geführt haben. Letztere wurde im Juni 2020 veröffentlicht. Die Schweiz nahm zudem am 15. Internet Governance Forum teil.

- **Das EDA schafft gemeinsam mit dem UVEK/BAKOM im Rahmen seiner Arbeiten zur digitalen Selbstbestimmung in Umsetzung der Strategie «Digitale Schweiz» ein nationales und internationales Netzwerk, in dem Rahmenbedingungen erarbeitet werden, welche die Bürgerin und den Bürger im Sinne einer digitalen Selbstbestimmung ins Zentrum der technologischen Veränderung rücken.**

Aufgrund der Covid-19-Pandemie konnten die beiden Netzwerke noch nicht etabliert werden. Eine Kerngruppe des nationalen Netzwerks wurde jedoch gebildet, und erste internationale Kontakte wurden geknüpft.

- **Das EDA wahrt die aussen- und sicherheitspolitischen Interessen der Schweiz im Cyber-Raum und setzt sich für einen sicheren, offenen und freien Cyber-Raum ein, der auf klaren Regeln und gegenseitigem Vertrauen basiert.**

Die Schweiz hatte den Vorsitz in der UN Open-Ended Working Group (OEWG) und wirkte in der UN Group of Governmental Experts Cyber (GGE) mit, in welcher die konkrete Anwendung von Völkerrecht auf Cyberoperationen diskutiert wird. Im Juli 2020 fand der erste offizielle Cyberdialog mit den USA statt. In der OSZE und im Rahmen des Geneva Dialogue on Responsible Behavior in Cyberspace engagierte sich die Schweiz für gute Praktiken im Bereich Cybersicherheit.

Ziel 6

In der Wahrung und Stärkung des Völkerrechts und der Rechtsstaatlichkeit nimmt die Schweiz eine international führende Rolle ein

Teilweise realisiert

- **Der Bundesrat hat bis Ende 2020 den Bericht zu Völkerrecht und künstlicher Intelligenz zur Kenntnis genommen.**

Die Fertigstellung des Berichts hat sich aufgrund der Covid-19-Pandemie verzögert.

- **Die Schweiz hat im Rahmen ihrer Initiative für transparente und rechtsstaatliche Verfahren beim Erlass und der Überprüfung von UNO-Sanktionen zusammen mit der Gruppe der gleichgesinnten Staaten neue Vorschläge an die UNO unterbreitet.**

Die Schweiz hat Vorschläge zur Verbesserung der Verfahrensrechte von Personen und Organisationen ausgearbeitet, die durch gezielte Sanktionen des UNO-Sicherheitsrates betroffen sind. Eine Unterbreitung an die UNO zusammen mit der Gruppe der gleichgesinnten Staaten konnte aufgrund der Covid-19-Pandemie noch nicht erfolgen.

- **Die Schweiz setzt sich im Rahmen ihres Ko-Vorsitzes der Arbeitsgruppe «Strafjustiz und Rechtsstaatlichkeit» des Globalen Forums gegen den Terrorismus (GCTF) dafür ein, dass Empfehlungen zur Strafverfolgung an der Schnittstelle von Terrorismus und transnationalem organisiertem Verbrechen ausgearbeitet und auf Ministerebene verabschiedet werden.**

Unter dem Ko-Vorsitz der Schweiz und Nigeria hat die Arbeitsgruppe Empfehlungen zu völkerrechtlichen und rechtsstaatlichen Prinzipien für die Strafverfolgung von Verbrechen an der Schnittstelle von Terrorismus und transnational organisierter Kriminalität ausgearbeitet. Diese wurden im September 2020 auf Ministerebene gutgeheissen.

- **Das EDA setzt die im Bericht des Bundesrats (in Erfüllung des Po. APK-S 18.4104) im Bereich von Soft Law vorgeschlagenen Massnahmen nach Vorgaben des Parlaments um.**

Das EDA unterstützte die Subkommission der beiden Kammern, die mit der Erarbeitung von Vorschlägen zur Mitwirkung des Parlaments im Bereich Soft Law beauftragt worden war. Gleichzeitig schuf das EDA eine Arbeitsgruppe zum Thema Soft Law, an der alle Departemente und die Bundeskanzlei beteiligt sind.

Ziel 7

Die neue Strategie für die Landeskommunikation wird vom EDA zur Förderung der wirtschaftlichen und politischen Interessen im Ausland wirksam umgesetzt

Überwiegend realisiert

- **Der Bundesrat hat die Strategie Landeskommunikation 2020–2023 verabschiedet. ***

Die Strategie Landeskommunikation 2021–2024 wurde vom Bundesrat am 18. Dezember 2020 verabschiedet. Aufgrund der Covid-19-Pandemie hat sich der Geltungszeitraum der Strategie um ein Jahr (2021–2024) verschoben.

- ▶ **Im Rahmen ihrer Teilnahme an der Expo 2020 in Dubai (VAE) und ihres Auftritts an den Olympischen und Paraolympischen Sommerspielen 2020 in Tokio (Japan) präsentiert sich die Schweiz jeweils als attraktives und innovatives Land. Ebenfalls nutzt die Schweiz das World Economic Forum (WEF) mit dem Auftritt des House of Switzerland als Plattform für die Landeskommunikation und die Interessenwahrung.**

Mit dem Auftritt 2020 am WEF konnte sich das House of Switzerland erfolgreich als Arbeitsplattform etablieren. Wegen der Pandemie wurden die Olympischen und Paralympischen Sommerspiele 2020 in Tokio und die Expo 2020 in Dubai auf 2021 verschoben.

- ▶ **Die überarbeiteten Sponsoring-Richtlinien des EDA werden dem gesamten Aussennetz kommuniziert und in der Praxis implementiert.**

Das EDA hat am 18. November 2020 die überarbeiteten Richtlinien 2021 veröffentlicht und dem gesamten Aussennetz kommuniziert.

Ziel 8

Die konsularischen Dienstleistungen werden bedürfnisgerecht modernisiert

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Konsularische Direktion richtet ihr Angebot an konsularischen Dienstleistungen noch konsequenter auf die Bedürfnisse der verschiedenen Kundengruppen aus: Schweizer Staatsangehörige, die im Ausland leben oder dort reisen sowie ausländische Staatsangehörige, welche die Schweiz mit einem Visum besuchen (Tourismus, Politik/internationales Genf, Wirtschaft, Wissenschaft und Kultur).**

Die Ergebnisse der Bedarfsanalyse unter den Auslandsschweizern flossen in den «Aktionsplan 2021–2022 zur digitalen Transformation im Dienstleistungsbereich». Pandemiebedingt musste sich das EDA aber prioritär mit den im Ausland in Not geratenen Mitbürgerinnen und Mitbürgern beschäftigen. Wichtige Visagesuche konnten trotz Pandemie im Zusammenhang mit dem internationalen Genf fristgerecht bearbeitet werden.

- ▶ **Die Konsularische Direktion modernisiert ihre Dienstleistungen schrittweise. Sie werden stärker personalisiert und nutzen konsequent die Möglichkeiten der Digitalisierung. Modernisierte Dienstleistungen erfolgen auf dem jeweils einfachsten, günstigsten, mit den Kantonen und anderen Bundesstellen optimal vernetzten und schnellstmöglichen Weg. Erste Neuerungen sind bis Ende 2020 eingeführt. Dienstleistungen stehen weiterhin auch denjenigen Personen offen und bedienen auch jene Bereiche, für die sich eine digitale Lösung nicht eignet.**

Die erstmalige Anmeldung im Auslandschweizerregister kann nun vollständig online erfolgen. Die Reise-App Travel Admin wurde in einer aktualisierten Version veröffentlicht, die auch die Erfahrungen aus der Covid-19-Krise berücksichtigt.

Ziel 9

Das EDA verbessert seine Führungskultur und Innovationsfähigkeit und entwickelt die notwendigen Kompetenzen um die Aussenpolitische Strategie 2020–2023 wirksam umsetzen zu können

Teilweise realisiert

- ▶ **Alle Direktionen des EDA unterstützen die Entwicklung einer Arbeitskultur, in welcher Fehler als Lernchancen genutzt werden («Fehlerkultur») und Innovationsfähigkeit gestärkt wird. Dazu gehören auch Anpassungen und die Erweiterung des Bildungs- und Entwicklungsangebots sowie die Förderung und Entwicklung neuer Arbeitsinstrumente.**

Um die Aussenpolitische Strategie 2020–2023 wirksam umzusetzen, wurden die Strukturen des EDA gemäss der Kaskade «Strategie-Strukturen-Menschen» angepasst. Der Bundesrat hat der Reorganisation des EDA am 14. Oktober 2020 zugestimmt und eine neue Staatssekretärin ernannt. Die Grundsätze und die Entwicklungsinstrumente sind allen Mitarbeitenden zugänglich. Das Weiterbildungsangebot wurde im Bereich Führung, Redaktion und Digitalisierung erweitert. Mentoring und Führungsfeedbacks sind vermehrt digitalisiert. Die EDA-Berufsprofile des 21. Jahrhunderts – insbesondere Diplomatie, konsularische Arbeit und IZA (Internationale Zusammenarbeit) – wurden weiterentwickelt.

Departement des Innern

Ziel 1 **Erhöhung des Gesundheitsschutzes, Förderung der Lebensqualität und Stärkung der Chancengleichheit**

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des Betäubungsmittelgesetzes (Grundlage für die ärztliche Verschreibung von cannabishaltigen Arzneimitteln) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 24. Juni 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Organspende fördern – Leben retten» mit dem Antrag auf Ablehnung verabschiedet und dem Parlament die Botschaft zur Teilrevision des Transplantationsgesetzes (Einführung einer erweiterten Widerspruchslösung) als indirekten Gegenvorschlag überwiesen. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 25. November 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die spezifischen Ausführungsbestimmungen zur Änderung des Heilmittel- und des Humanforschungsgesetzes (HMG und HFG) verabschiedet und auf den 26. Mai 2020 in Kraft gesetzt. Damit wird das revidierte Schweizer Medizinprodukterecht an das neue europäische Recht angepasst. ***

Aufgrund der Covid-19-Pandemie hat die EU das Inkrafttreten der neuen Verordnungen über Medizinprodukte (Medical Devices Regulation, MDR) um ein Jahr verschoben. Im Zuge der Angleichung des Schweizer Medizinprodukterechts an die neuen EU-Bestimmungen hat der Bundesrat am 1. Juli 2020 beschlossen, die totalrevidierte Medizinproduktverordnung sowie die neue Verordnung vom 1. Juli 2020 über klinische Versuche mit Medizinprodukten (KlinV-Mep) zusammen mit den entsprechenden Gesetzesartikeln ebenfalls im 2021 in Kraft zu setzen. Die Angleichung des Schweizer Rechts an die neue In-vitro-Diagnostika (In-vitro Diagnostics Regulation, IVDR) der EU erfolgt in einem zweiten Schritt. Damit der gegenseitig erleichterte Marktzugang sowie der gemeinsame Vollzug fortgeführt werden können, muss das Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Gemeinschaft über die gegenseitige Anerkennung von Konformitätsbewertungen (MRA) aktualisiert werden. Die EU knüpft diesen Prozess an Fortschritte beim Institutionellen Abkommen.

- ▶ **Der Bundesrat wird über die Eröffnung des Vernehmlassungsverfahrens zur Revision des Militärversicherungsgesetzes bezüglich der Aufhebung der Krankenversicherung für Berufsmilitärs und pensionierte Armeeangehörige entscheiden. ***

Die betroffenen Departemente EDI und VBS haben sich mehrmals in der Sache ausgetauscht und die Vorarbeiten zu einer Vernehmlassungsvorlage aufgenommen. Dabei sind insbesondere die finanziellen Auswirkungen für Bund, Kantone und die Versicherten analysiert worden. Aufgrund der Covid-19-Krise mussten die weiteren Arbeiten vorübergehend sistiert werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Perspektiven der Schweizerischen Drogenpolitik» (in Erfüllung des Po. Rechsteiner Paul 17.4076) und der Bericht «Depakine-Skandal. Untersuchung der Situation in der Schweiz» (in Erfüllung des Po. Maury Pasquier 18.3092) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Depakine-Skandal. Untersuchung der Situation in der Schweiz» am 6. Dezember 2019 zur Kenntnis genommen. Der Bericht «Perspektiven der Schweizerischen Drogenpolitik» konnte hingegen trotz umfangreicher Vorarbeiten aufgrund der Covid-19-Krise nicht fertig gestellt werden.

- ▶ **Die Entscheidungsgrundlagen für eine allfällige Weiterführung des Nationalen Aktionsplanes zum Schutz vor Radon 2021–2030 sind für die Beschlussfassung des Bundesrates im 1. Halbjahr 2020 vorbereitet.**

Der Bundesrat hat am 8. Mai 2020 den Aktionsplan Radon 2021–2030 genehmigt.

- ▶ **Der Bundesrat prüft, wie die Beurteilung der Auswirkungen der Pflanzenschutzmittel auf die Gesundheit der Konsumentinnen und Konsumenten verbessert werden kann. ***

Im Fokus der Überprüfung steht der Zulassungsprozess für Pflanzenschutzmittel. Gestützt auf die Ende 2019 im Rahmen einer externen Evaluation ausgearbeiteten Empfehlungen haben die zuständigen Bundesstellen die nötigen Analysen durchgeführt und das weitere Vorgehen definiert.

Ziel 2

Eindämmung des Kostenwachstums, Erhöhung der Versorgungsqualität und der Transparenz im Gesundheitswesen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Massnahmen zur Kostendämpfung – Paket 2) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung über das zweite Paket der Massnahmen zur Kostendämpfung in der Krankenversicherung eröffnet. Im Rahmen dieses Paketes bildet die Massnahme «Zielvorgabe» einen indirekten Gegenvorschlag zur eidgenössischen Volksinitiative «Für tiefere Prämien – Kostenbremse im Gesundheitswesen (Kostenbremse-Initiative)», über die der Bundesrat am 20. Mai 2020 eine Vorgehensentscheid getroffen hat. Die Vernehmlassung wurde daher erst vom 19. August 2020 bis zum 19. November 2020 durchgeführt. Die Verabschiedung der Botschaft verzögert sich daher.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Krankenversicherung (Vergütung des Pflegematerials) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 27. Mai 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Aussprache über die zur Förderung der Verbreitung des elektronischen Patientendossiers und der digitalen Transformation des Gesundheitswesens notwendigen Massnahmen und Mittel geführt. ***

Der Bundesrat hat am 8. Mai 2020 die Förderung der Verbreitung des elektronischen Patientendossiers diskutiert und über die Freigabe eines Ressourcenrahmens entschieden, welcher für das Jahr 2021 vom Parlament bereits bestätigt wurde. Die Aussprache bzgl. Förderung der digitalen Transformation des Gesundheitswesens und die resultierenden Massnahmen und Mittel konnte wegen der Covid-19-Krise nicht durchgeführt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat das bilaterale Abkommen im Bereich der öffentlichen Gesundheit mit der EU nach Möglichkeit unterzeichnet. ***

Das Abkommen im Bereich der öffentlichen Gesundheit konnte nicht unterzeichnet werden. Die EU verknüpft die Unterzeichnung des Abkommens mit Fortschritten beim Institutionellen Abkommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «bessere Nutzung von Gesundheitsdaten» (in Erfüllung des Po. Humbel 15.4225) sowie den Bericht «Gesetzliche Grundlage zur Sicherstellung der Versorgung im Bereich der seltenen Krankheiten» (in Erfüllung des Po. SGK-N 18.3040) gutgeheissen. ***

Die beiden Berichte konnten trotz umfangreicher Vorarbeiten aufgrund der Covid-19-Krise nicht fertig gestellt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Versandhandel mit nicht verschreibungspflichtigen Arzneimitteln» (in Erfüllung des Po. Stahl 19.3382) gutgeheissen. ***

Der Bericht in Erfüllung des Postulats Stahl 19.3382 konnte trotz umfangreicher Vorarbeiten aufgrund der Covid-19-Krise nicht fertig gestellt werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision der Chemikalienverordnung bezüglich der Modernisierung des Schweizer Chemikalienrechts eröffnet.**

Für die Vorbereitung des Geschäfts sind Gespräche mit den Kantonen und diversen Stakeholdern geführt worden, die sich aufgrund der Covid-19-Krise verzögerten. Die Vernehmlassung konnte deshalb nicht wie geplant eröffnet werden.

- ▶ **Der Bundesrat nimmt den Zwischenbericht zur Nationalen Strategie Prävention nichtübertragbarer Krankheiten (NCD-Strategie) 2017–2024 und zur Nationalen Strategie Sucht 2017–2024 sowie zu den Anpassungen bei den Massnahmenplänen im zweiten Halbjahr 2020 zur Kenntnis.**

Der Bundesrat hat die Zwischenberichte sowie die Anpassungen bei den Massnahmenplänen am 19. August 2020 zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Zur Umsetzung der Änderung des KVG zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit wird der Bundesrat die Verordnung vom 27. Juni 1995 über die Krankenversicherung (KVV) entsprechend anpassen und diese Änderungen im zweiten Halbjahr 2020 auf den 1. Januar 2021 in Kraft setzen. ***

Die Erarbeitung der Verordnungsentwürfe zur Umsetzung des KVG zur Stärkung von Qualität und Wirtschaftlichkeit haben sich aufgrund der Covid-19-Krise verzögert. Der Bundesrat konnte keine Beschlüsse fassen.

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Reform des Bundesgesetzes über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVG) ist verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Reform der beruflichen Vorsorge (BVG 21) am 25. November 2020 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Teilrevision bezüglich Schaffung eines gesamtschweizerischen Lastenausgleichs des Bundesgesetzes über die Familienzulagen (FamZG, Umsetzung Mo 17.3860 Baumann) ist verabschiedet.**

Die Verabschiedung der Botschaft wurde verschoben. Die Verschiebung erfolgte aufgrund der Covid-19-Krise verlängerten Vernehmlassungsdauer.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose ist eröffnet.**

Die Vernehmlassung zur Verordnung über Überbrückungsleistungen für ältere Arbeitslose wurde am 28. Oktober 2020 eröffnet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Verordnung «Vorschriften über die Rechnungslegung der öffentlich-rechtlichen Anstalt compenswiss (Ausgleichsfonds AHV/IV/EO)» ist eröffnet. ***

Die Eröffnung der Vernehmlassung wurde aufgrund der Covid-19-Krise verschoben. Die an der Erarbeitung der Vorschriften beteiligten Stellen innerhalb und ausserhalb der Bundesverwaltung waren prioritär mit den Arbeiten im Zusammenhang mit dem Corona Erwerbsersatz beschäftigt.

- ▶ **Die Weiterentwicklung der Invalidenversicherung (WE IV) ist umgesetzt. Der Bundesrat wird im zweiten Halbjahr 2020 die Vernehmlassung zur Anpassung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) eröffnen. Die Verordnung über Geburtsgebrechen (GgV) ist angepasst und allfällige neue Verordnungen sind neu geschaffen. ***

Die Vernehmlassung zur Anpassung der Verordnung über die Invalidenversicherung (IVV) wurde am 4. Dezember 2020 eröffnet. Die Liste der Geburtsgebrechen wird neu in einer Departementsverordnung geregelt, welche zeitgleich mit der IVV in die Vernehmlassung geschickt wurde.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zu einem Sicherheitskonzept für Personenidentifikatoren (in Erfüllung des Po. RK-N 17.3968), den Bericht «Plattformunternehmen und Gig Economy: Bessere Absicherung von selbstständig Erwerbstätigen» (in Erfüllung des Po. Bruderer Wyss 18.3936) und den Bericht «Digitalisierung: ein neuer Status für den Arbeitsmarkt?» (in Erfüllung des Po. FDP-Liberale Fraktion 17.4087) gutgeheissen. ***

Der Bericht über das Sicherheitskonzept für Personenidentifikatoren ist in der Botschaft 19.057 zur Änderung des Bundesgesetzes über die Alters- und Hinterlassenenversicherung (Systematische Verwendung der AHV-Nummer durch Behörden), Kap. 1.1.3, enthalten. Der Bundesrat hat davon Kenntnis genommen und beantragt die Abschreibung des Postulats. Der Bericht «Digitalisierung – Prüfung einer Flexibilisierung des Sozialversicherungsrechts (Flexi-Test)» liegt vor. Er erfüllt das Postulat Bruderer Wyss 18.3936 und das Postulat FDP-Liberale Fraktion 17.4087, wurde aber im Berichtsjahr noch nicht gutgeheissen.

Ziel 4

Generationenpolitik

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Gewalt im Alter verhindern» (in Erfüllung des Po. Glanzmann-Hunkeler 15.3945) gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat den Bericht am 18. September 2020 gutgeheissen.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Präventionsprojekt 'Kein Täter werden' für die Schweiz» (in Erfüllung der Po. Jositsch 16.3644 und Po. Rickli 16.3637) gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat am 11. September 2020 den Bericht «Präventionsangebote für Personen mit sexuellen Interessen an Kindern» (in Erfüllung der Po. Jositsch 16.3644 und Po. Rickli 16.3637) gutgeheissen.
- ▶ **Die Botschaft zum Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) ist verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 11. September 2020 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Evaluation über den Umsetzungsstand der ergriffenen Massnahmen im Bereich des Jugendmedienschutzes und den damit verbundenen Ergebnissen zur Kenntnis genommen.**
Der Bundesratsbericht auf Basis einer externen Evaluation liegt im Entwurf vor. Die Behandlung im Bundesrat konnte im Berichtsjahr aber noch nicht erfolgen.

Ziel 5

Gesellschaftlicher Zusammenhalt und Kultur

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Förderung der Kultur in den Jahren 2021 bis 2024 (Kulturbotschaft 2021–2024) ist verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Kulturbotschaft 2021–2024 am 26. Februar 2020 verabschiedet. Abgesehen von der Revision des Filmgesetzes wurde die Vorlage vom Parlament zu Ende beraten.
- ▶ **Die interdepartementale Strategie zur Förderung der Baukultur ist gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat die interdepartementale Strategie zur Förderung der Baukultur am 26. Februar 2020 gutgeheissen. Sie befindet sich seither in Umsetzung.
- ▶ **Die Teilnahme der Schweiz am EU-Rahmenprogramm Kreatives Europa für die Jahre 2021–2027 ist geprüft. ***
Der Bundesrat hat sich in den letzten Jahren dafür eingesetzt, mit der EU ein Abkommen über eine Teilnahme am Rahmenprogramm «Kreatives Europa» (Programme MEDIA und Kultur) zur Förderung der audiovisuellen und kulturellen Branche abzuschliessen. Dieses Ziel konnte aufgrund übergeordneter Fragestellungen in Bezug auf das Verhältnis zwischen der Schweiz und der EU nicht erreicht werden.
- ▶ **Die Förderungskonzepte zur Umsetzung der Kulturpolitik des Bundes ab 2021 sind revidiert.**
Die Förderungskonzepte wurden revidiert und per 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt.

- **Die Empfehlungen zur Vereinbarung des Bundesinventars der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung (ISOS) mit dem Ziel der baulichen Verdichtung sind erarbeitet.**

Die Erarbeitung der Empfehlungen hat begonnen. Unerwartete zusätzliche Abklärungen haben den Abschluss der Arbeiten verzögert.

- **Das Pilotprojekt zum Austausch von Lehrpersonen zwischen den verschiedenen Sprachregionen der Schweiz ist durchgeführt.**

Das Pilotprojekt wurde planungsgemäss durchgeführt. Der Schlussbericht mit Vorschlägen zur Weiterentwicklung des Lehreraustauschs wird noch erstellt.

Ziel 6 Förderung der Gleichstellung von Frau und Mann und Bekämpfung der geschlechtsspezifischen Gewalt

Realisiert

- **Der Bundesrat hat den sechsten periodischen Bericht der Schweiz an den UNO-Ausschuss zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 25. November 2020 gutgeheissen.

- **Die Ausbildungskurse für die leitenden Revisorinnen und Revisoren nach Artikel 4 der Verordnung über die Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse stehen bereit.**

Das EBG hat nach Prüfung, ob die Anforderungen von Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung über die Überprüfung der Lohngleichheitsanalyse erfüllt sind, den Ausbildungskurs eines privaten Anbieters anerkannt. Dieser hat in der Deutsch- und Westschweiz erfolgreich Kurse durchgeführt.

- **Die erste Etappe der technischen Modernisierung des Standard-Analyse-Tools (Logib) des Bundes nach Artikel 13c Absatz 2 des Gleichstellungsgesetzes ist abgeschlossen.**

Logib steht seit dem 1. Juli 2020 (Inkrafttreten des revidierten Gleichstellungsgesetzes) in einer modernisierten webbasierten Anwendung zur Verfügung.

Ziel 7 Stärkung der Tiergesundheit, der Lebensmittelsicherheit, und des Artenschutzes im internationalen Handel

Überwiegend realisiert

- **Die Revision der Tierseuchenverordnung ist verabschiedet.**

Leichte Verzögerung aufgrund der Covid-19-Pandemie. Die Vernehmlassung und die zweite Ämterkonsultation sind durchgeführt. Die Verabschiedung konnte im Berichtsjahr noch nicht erfolgen.

- **Die Verordnung über die Tiergesundheitsdienste ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Verordnung am 7. November 2020 verabschiedet.

- ▶ **Die Änderung der Ausführungsbestimmungen zum Lebensmittelgesetz ist verabschiedet.**

Der Bundesrat und das EDI haben die Änderungen der Ausführungsbestimmungen in ihrem jeweiligen Zuständigkeitsbereich am 27. Mai 2020 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über den Verkehr mit Tieren und Pflanzen geschützter Arten ist verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 18. September 2020 verabschiedet.

- ▶ **Die Entscheidungsgrundlage für die Anpassung des Schweizerischen Tierarzneimittelrechts an die Europäische Regelungen sind vorbereitet.**

Aufgrund einer Analyse von BAG, BLV und Swissmedic hat das EDI diese Stellen beauftragt, prioritär die zur Verhinderung von Handelshemmnissen dringlichen Anpassungen auf Verordnungsstufe vorzubereiten. Die Folgearbeiten stehen in zeitlicher Abhängigkeit zum Ausführungsrecht der EU.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Handlungsbedarf zur Sicherung des Tierwohls, der Tiergesundheit sowie der Lebensmittelsicherheit im Zusammenhang mit dem Klimawandel Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden.**

Der Bundesrat hat am 19. August 2020 mit dem Aktionsplan «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz – Aktionsplan 2020–2025» über die Massnahmen zur Sicherung des Tierwohls, der Tiergesundheit sowie der Lebensmittelsicherheit im Zusammenhang mit dem Klimawandel entschieden.

Ziel 8

Umsetzung der Mehrfachnutzung von Daten (Umsetzung des Once-Only-Prinzips): Statistiksystem Schweiz und die Datenbewirtschaftung des Bundes

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Anträge zur Umsetzung der Qualitätssicherung der Unternehmensdaten genehmigt. ***

Der Bundesrat hat den im Rahmen des Programms «Nationale Datenbewirtschaftung NaDB» erstellten Bericht «Qualitätssicherung Unternehmensdaten» am 25. November 2020 zur Kenntnis genommen und das EDI beauftragt, in Zusammenarbeit mit den anderen Departementen ein Indikatorenset zur Abbildung der Qualität der Unternehmensdaten der Bundesverwaltung aufzubauen.

- ▶ **Der Bundesrat hat von den Berichten über die Erkenntnisse aus einem Projekte zur Mehrfachverwendung von Daten für die Lohnstatistiken und aus einer Machbarkeitsstudie zur Mehrfachverwendung von Steuerdaten Kenntnis genommen und Aufträge zum weiteren Vorgehen erteilt. ***

Der Bundesrat hat im Rahmen des Programms «Nationale Datenbewirtschaftung NaDB» am 25. November 2020 von den zwei Berichten Kenntnis genommen und die Aufträge zum weiteren Vorgehen erteilt. In diesem Rahmen wurde die Situation der heutigen Datenlage und deren Potenzial ausführlich mit den zentralen Stakeholdern und Sozialpartnern analysiert und beurteilt und weitere Schritte festgelegt.

- ▶ **Das interdepartementale Gremium zum Aufbau und zur Führung der Interoperabilitäts-Plattform ist eingesetzt. ***

Der Bundesrat hat im Rahmen des Programms «Nationale Datenbewirtschaftung NaDB» am 25. November 2020 den Bericht «Projekt Prozesse, Rollen und Verantwortlichkeiten zur Führung und Steuerung der Interoperabilitäts-Plattform» zur Kenntnis genommen. Die Fachstelle zur Harmonisierung und Standardisierung hat ihre Arbeit aufgenommen. Sie unterstützt das interdepartementale Gremium.

- ▶ **Der Bundesrat hat vom Bericht über die Ergebnisse der Vernehmlassung zum Gesetzesentwurf über das nationale System zur Abfrage von Adressen natürlicher Personen (Adressdienstgesetz, ADG) Kenntnis genommen. ***

Der Bundesrat hat am 11. Dezember 2020 den Ergebnisbericht zur Kenntnis genommen und das EDI beauftragt, einzelne Anliegen aus der Vernehmlassung zu prüfen und die Botschaft auszuarbeiten.

Ziel 9 Automatisierung der Flugwetterbeobachtung während den Nicht-Betriebszeiten am Flughafen Zürich

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Inbetriebnahme erfolgt bis Ende März 2020 und das Projekt ist bis Ende Juni 2020 abgeschlossen.**

Die Automatisierung ist betriebsbereit. Das BAZL hat das erste Gesuch zur Inbetriebsetzung zurückgewiesen und Rückfragen gestellt. Die zweite Eingabe ist am 4. Dezember 2020 erfolgt. Die Antwort des BAZL muss noch eintreffen. Aufgrund der verzögerten Inbetriebnahme verschiebt sich der Projektabschluss.

Ziel 10 Evaluation Bundesgesetz über die Archivierung

Realisiert

- ▶ **Die Evaluation des Bundesgesetzes über die Archivierung gemäss Po. Janiak 18.3029 ist durchgeführt und ein Bericht liegt vor.**

Der Bericht liegt vor, muss aber vom Bundesrat noch zur Kenntnis genommen werden.

Justiz- und Polizeidepartement

Ziel 1 Migration und Integration

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Einrichtung des Europäischen Reise-informations- und Genehmigungssystems (ETIAS) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. März 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Übernahme der Rechtsgrundlagen zur Schaffung des Fonds für integriertes Grenzmanagement (Integrated Border Management Fund IBMF) eröffnet. ***

Die EU hat den Rechtsakt nicht im Berichtsjahr verabschiedet. Das Ziel konnte deshalb nicht erreicht werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen für die Herstellung der Interoperabilität zwischen EU-Informationssystemen in den Bereichen Grenze, Migration und Polizei (Verordnungen [EU] 2019/817 und [EU] 2019/818) (Weiterentwicklung des Schengen-Besitzstands) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 2. September 2020 verabschiedet.

- ▶ **Die strategischen Leitlinien für die Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) für die Jahre 2022 bis 2025 und der Verpflichtungskredit sind vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 7. Oktober 2020 beschlossen, dem Parlament den Verpflichtungskredit «Integrationsförderung (KIP) 2022–2023» in der Höhe von 124 Mio. Franken zu beantragen. Um die Integrationsagenda und verschiedene Pilotprogramme in die Kantonalen Integrationsprogramme (KIP) zu überführen, haben Bund und Kantone für die Jahre 2022 und 2023 ausnahmsweise eine zweijährige Phase beschlossen. Die bestehenden strategischen Leitlinien wurden für die beschlossene zweijährige Zwischenphase in der Programmperiode 2022–2023 beibehalten. Die strategischen Leitlinien der KIP werden im Hinblick auf die darauffolgende Programmperiode 2024–2027 überarbeitet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der neuen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 26. August 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und die Integration (AIG): Umsetzung des Aktionsplans «Integrierte Grenzverwaltung» sowie der Motion Abate 17.3857 «Kantone mit Ausreisezentren an der Grenze finanziell unterstützen» verabschiedet.**

Nach der Vernehmlassung waren umfangreiche Abklärungen in anderen Schengen-Staaten erforderlich. Die entsprechenden Ansprechpartner waren mit der Covid-19-Pandemie stark belastet. Die Botschaft konnte dem Bundesrat daher nicht im Berichtsjahr vorgelegt werden.

- ▶ **Die Regelung der zukünftigen Beziehungen der Schweiz zum Vereinigten Königreich (UK) im Migrationsbereich nach dem Brexit ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Anstelle eines umfassenden präferentiellen Abkommens wurde entschieden, in einem ersten Schritt ein Memorandum of Understanding (MoU) mit Hauptfokus auf den Arbeitsmarkt auszuhandeln. Das MoU wurde am 18. Dezember 2020 durch den Bundesrat genehmigt und am 21. Dezember 2020 unterzeichnet.

- ▶ **Die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG; Einschränkungen für Reisen ins Ausland und Anpassungen des Status der vorläufigen Aufnahme) ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Botschaft am 26. August 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Schlussbericht und die Empfehlungen zur Überprüfung des Finanzierungssystems im Flüchtlings- und Asylbereich sind vom Bundesrat gutgeheissen.**

Der Schlussbericht konnte nicht wie geplant dem Bundesrat vorgelegt werden. Die Materie erwies sich als komplexer als vorgesehen und die Arbeiten beanspruchen auf fachlicher Ebene mehr Zeit als angenommen.

- ▶ **Die Schweiz hat sich für ein krisenfestes Dublin-System eingesetzt, welches eine fairere Teilung der Verantwortung für Asylverfahren beinhaltet.**

Mit der Präsentation des Pakts für Migration und Asyl und dem Einbezug der Schweiz in die anschliessenden Beratungen wurden im Jahr 2020 wichtige Meilensteine erreicht.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Übernahme der neuen EU-Rückführungsrichtlinie eröffnet. ***

Die Vernehmlassung konnte im Berichtsjahr nicht eröffnet werden. Die EU hat die revidierte Rückführungsrichtlinie nicht im Berichtsjahr verabschiedet.

Ziel 2 Sicherheit und Bekämpfung der Kriminalität

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Weiterentwicklung des SIS II¹ ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. März 2020 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft zu einer Änderung des Bundesgesetzes über die Verwendung von DNA-Profilen im Strafverfahren und zur Identifizierung von unbekannten oder vermissten Personen (DNA-Profil-Gesetz) ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 4. Dezember 2020 verabschiedet.

¹ Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der Rechtsgrundlagen zur Nutzung des SIS und Änderung des Bundesgesetzes über das Informationssystem für den Ausländer- und den Asylbereich (BGIAA) zur Registrierung der Landesverweisung im ZEMIS sowie zur Verbesserung der Statistik im Rückkehrbereich.

- **Der Bundesrat hat die Vernehmlassungsergebnisse zum Massnahmenpaket für mehr Sicherheit bei gefährlichen Straftätern (Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes) zur Kenntnis genommen und das weitere Vorgehen festgelegt.**

Der Bundesrat hat am 6. März 2020 die Vernehmlassung zur Änderung des Strafgesetzbuches und des Jugendstrafgesetzes (Massnahmenpaket Sanktionenvollzug) eröffnet. Wegen der Covid-19-Pandemie wurde die Frist für die Einreichung der Stellungnahmen bis zum 30. September 2020 verlängert. Dadurch konnte der Bundesrat die Ergebnisse der Vernehmlassung nicht im Berichtsjahr zur Kenntnis nehmen.

- **Die Totalrevision der Verordnung über das Sicherheitswesen in Bundesverantwortung (VSB) ist vom Bundesrat verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die Verordnung am 24. Juni 2020 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Revision der Ausweisverordnung verabschiedet.**

Mit der Revision der Ausweisverordnung sollen die Gebühren für den neuen Pass sowie die neue Identitätskarte (IDK) neu festgelegt werden. Da noch Fragen zur Qualität und zur Liefersicherheit für den neuen Pass und die neue IDK zu klären sind, müssen die Einführungsstermine für Pass und IDK verschoben werden. Daher muss auch mit der Verabschiedung der Ausweisverordnung zugewartet werden.

- **Der Bundesrat hat den Bericht «Gemässigte Imane sind Schlüsselpersonen gegen die Radikalisierung von jugendlichen Muslimen» (in Erfüllung des Po. Ingold 16.3314) gutgeheissen.**

Der Bericht konnte nicht wie geplant im Berichtsjahr vom Bundesrat zur Kenntnis genommen werden. Die Fertigstellung des Expertenberichts sowie die Konsultation der wichtigsten beteiligten Akteure auf Bundes- und Kantonsebene dauerte länger als erwartet, insbesondere im Hinblick auf die Pandemie.

Ziel 3

Internationale Zusammenarbeit im Justiz- und Polizeibereich

Überwiegend realisiert

- **Die Botschaft zu den Abkommen mit der EU betreffend die Beteiligung an der Prümer Zusammenarbeit und den Zugang der Schweizer Strafverfolgungsbehörden auf Eurodac sowie zum Abkommen mit den USA zum Austausch von Fingerabdruck- und DNA-Daten zur Bekämpfung von Schwerekriminalität («Preventing and Combating Serious Crime» PCSC) ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Aufgrund von zusätzlichen Abklärungen im Zusammenhang mit der Datenschutzkonformität des Abkommens PCSC hat sich die Unterbreitung der Botschaft leicht verzögert.

- **Der Bundesrat hat einen Grundsatzentscheid zu einer Beteiligung der Schweiz am PNR-System (Passenger Name Record) der EU getroffen.**

Der Bundesrat hat das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) am 12. Februar 2020 beauftragt, zusammen mit dem Eidgenössischen Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation (UVEK) eine Vernehmlassungsvorlage zu einem Bundesgesetz über die Erhebung und Nutzung von PNR-Daten durch die Schweiz auszuarbeiten.

- ▶ **Die Verhandlungen zum Polizeikooperationsabkommen mit dem Vereinigten Königreich sind abgeschlossen.**

Der Bundesrat hat das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich Grossbritannien und Nordirland über polizeiliche Zusammenarbeit am 4. Dezember 2020 genehmigt. Die Unterzeichnung des Abkommens ist am 15. Dezember 2020 erfolgt.

- ▶ **Die der Schweiz notifizierte Weiterentwicklungen des Schengen- und Dublin-Besitzstandes sind fristgerecht übernommen und umgesetzt, oder die EU hat eine allfällige Fristüberschreitung akzeptiert.**

Die EU hat der Schweiz 2020 insgesamt 31 Weiterentwicklungen des Schengen-Besitzstands notifiziert, während im Bereich Dublin keine Weiterentwicklung zu verzeichnen war. Die Notifikation der entsprechenden Übernahmebeschlüsse an die EU erfolgte ausnahmslos rechtzeitig. 30 Weiterentwicklungen hatten Bagatellcharakter: während sieben davon rechtlich unverbindliche Empfehlungen (betreffend Reisebeschränkungen im Zusammenhang mit Covid-19) darstellten und vom sachzuständigen Departement zur Kenntnis genommen wurden, waren die Notenaustausche zur Übernahme der restlichen 23 Weiterentwicklungen mit Bagatellcharakter ausnahmslos als Verträge von beschränkter Tragweite zu qualifizieren, weshalb sie vom Bundesrat bzw. vom sachzuständigen Bundesamt selbständig abgeschlossen werden konnten. In drei dieser 30 Fälle war eine Umsetzung auf Verordnungsebene erforderlich (Umsetzung der Durchführungsrichtlinien [EU] 2019/68 und [EU] 2019/69 über die Festlegung technischer Spezifikationen für die Markierung von Feuerwaffen bzw. für Schreckschuss und Signalwaffen sowie Umsetzung des Durchführungsbeschlusses [EU] 2020/2165 über Mindestqualitätsstandards für Lichtbilder und daktyloskopische Daten im SIS). Für die Übernahme und Umsetzung einer Weiterentwicklung bedarf es der Zustimmung des Parlaments, weshalb der Bundesrat den entsprechenden Notenaustausch unter Vorbehalt der «Erfüllung der verfassungsrechtlichen Voraussetzungen» vorgenommen hat. Das entsprechende Verfahren ist auf Kurs: Die Vernehmlassung zur Übernahme und Umsetzung der Verordnung (EU) 2020/493 über das System über gefälschte und echte Dokumente online (FADO) wurde am 25. November 2020 eröffnet.

Ziel 4 Gesellschaftlicher Zusammenhalt

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderungen des ZGB (Revision Kindes- und Erwachsenenschutz) verabschiedet.**

Die Arbeiten an der Vorlage zur Revision des Kindes- und Erwachsenenschutzrechts mussten wegen der Covid-19-Pandemie zurückgestellt werden. Die Botschaft konnte daher nicht wie geplant verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Adoptionen in Sri Lanka» (in Erfüllung des Po. Ruiz 17.4181) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht am 11. Dezember 2020 zur Kenntnis genommen.

Ziel 5

Staatliche Institutionen

Nicht realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zum Bundesgesetz über die elektronische Kommunikation in der Justiz (E-Justice-Gesetz, BEK) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. ***

Der Bericht über die Vernehmlassungsergebnisse konnte im Berichtsjahr dem Bundesrat nicht vorgelegt werden. Die Erarbeitung der Vernehmlassungsvorlage hat sich verzögert, da verschiedene Fragen betreffend Zuweisung der Verordnungskompetenz sowie des Plattformmonopols vorgängig geklärt werden mussten. Deshalb konnte die Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die Plattform für die elektronische Kommunikation in der Justiz (BEKJ) erst am 11. November 2020 eröffnet werden.

Ziel 6

Wirtschaftsstandort Schweiz

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einer Änderung des Zivilgesetzbuches (Unternehmensnachfolge im Erbrecht) verabschiedet. ***

Die erste Vorlage zur Revision des Erbrechts, die der Bundesrat dem Parlament mit der Botschaft vom 29. August 2018 vorgelegt hatte, wurde vom Nationalrat zur vertieften Prüfung gewisser Einzelfragen an seine vorberatende Kommission zurückgewiesen. Da die Begleitung dieser Arbeiten durch die Verwaltung ein Teil der erforderlichen Ressourcen bindet, hat sich die Finalisierung der Botschaft zur Unternehmensnachfolge verzögert.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zum Bundesgesetz über die Erstellung öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen (EÖBG) zur Kenntnis genommen und über das weitere Vorgehen entschieden. ***

Für die Erstellung elektronischer öffentlicher Urkunden und elektronischer Beglaubigungen ist eine qualifizierte elektronische Signatur nach dem Bundesgesetz über die elektronische Signatur (ZertES) erforderlich. Die aktuellen Veränderungen auf dem Markt (Ablösung SuisselD) und die damit zusammenhängenden technischen Neuerungen haben die Vorlage verzögert.

- ▶ **Die Vernehmlassung zu einer Revision des ZGB (Lockerung der Bedingungen für die Anwendbarkeit von Artikel 926 ZGB, um besser gegen Hausbesetzer vorgehen zu können in Erfüllung der Mo. Feller 15.3531) ist vom Bundesrat eröffnet.**

Die Vernehmlassung zur Änderung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Besitzschutz bei verbotener Eigenmacht an Grundstücken) wurde am 2. September 2020 vom Bundesrat eröffnet.

- ▶ **Die Vernehmlassung zur Revision der Grundbuchverordnung (GBV) ist vom Bundesrat eröffnet.**

Die Vernehmlassung zur Revision der Grundbuchverordnung (AHVN13 im Grundbuch und landesweite Grundstücksuche) wurde am 14. Oktober 2020 vom Bundesrat eröffnet.

Departement für Verteidigung, Bevölkerungsschutz und Sport

Ziel 1 Umsetzung Weiterentwicklung der Armee (WEA) und weitere wichtige Projekte und Vorhaben des VBS

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Bereitschaft der Armee ist gemäss den Vorgaben der WEA sichergestellt. Die Gesamtkonzeption für die Weiterentwicklung der Cyberfähigkeiten der Armee ist erstellt.**

Die Armee kann die von ihr geforderten Leistungen gemäss Leitungsprofil der Armee unter Berücksichtigung gewisser Einschränkungen im Bereich der personellen Alimentierung und logistischen Bereitschaft erbringen. Die Bereitschaftsaufgaben werden umgesetzt. Die Mobilmachung im Rahmen der Covid-19-Pandemie erfolgte reibungslos. Die Konzeption für die Weiterentwicklung der Cyberfähigkeiten der Armee ist erstellt. Das Projekt «Cyber-Kommando» ist gestartet.

- ▶ **Massnahmen zur Stärkung der personellen Alimentierung und Sicherung der Bestände sind in Realisierung.**

Einschränkungen und Handlungsbedarf im Bereich der personellen Alimentierung sind erkannt und dokumentiert. Massnahmen sind eingeleitet, wirken sich aber erst längerfristig aus.

- ▶ **Die Umsetzung des Personalumbaus/-abbaus in der Gruppe V ist abgeschlossen.**

Die Umsetzung des Personalumbaus/-abbaus in der Gruppe V ist weitestgehend abgeschlossen.

- ▶ **Die Voraussetzungen für den Übergang der Bereitschaft der Luftpolizei auf sieben Tage die Woche 24 Stunden sind per 01.01.2021 geschaffen.**

Der Übergang der Bereitschaft der Luftpolizei auf sieben Tage die Woche 24 Stunden ist sichergestellt.

- ▶ **Der Bericht zur Alimentierung von Armee und Zivilschutz ist durch den Bundesrat genehmigt. ***

Die Bewältigung der Covid-19-Pandemie hat die Arbeiten am Alimentierungsbericht verzögert, zumal die direkt betroffenen Organisationen an der Unterstützung der Behörden intensiv beteiligt waren. Zudem schien es angezeigt, dass die Erkenntnisse aus der Covid-19-Pandemie in den Arbeiten berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen konnte der Bericht dem Bundesrat nicht mehr im Berichtsjahr vorgelegt werden.

- ▶ **Programm Führungsinfrastruktur, Informationstechnologie und Anbindung an die Netzinfrastruktur der Armee (FITANIA):**

- **Projekt Rechenzentren VBS/Bund 2020: Die Inbetriebnahme CAMPUS und der Start der Migration von Referenzanwendungen sind sichergestellt.**

Die Inbetriebnahme CAMPUS und der Start der Migration von Referenzanwendungen sind planmässig erfolgt.

- **Projekt Führungsnetz Schweiz: Weitere Härtung Backbone, Anbindung von Nutzerstandorten, laufende Erneuerung von Netzwerkkomponenten inklusive Upgrade auf grössere Bandbreiten, Verbesserung der Netzwerksicherheit und Verbesserung der Netzwerkmanagementsysteme sind sichergestellt.**

Die baulichen Massnahmen (Härtung) zur Erschliessung der definierten Standorte sind zu 75 Prozent abgeschlossen. Die bezeichneten Nutzerstandorte konnten angebunden werden. Das Upgrade auf grössere Bandbreiten ist bis auf wenige Restanzen abgeschlossen. Die Massnahmen zur Verbesserung der Netzwerksicherheit wurden in den laufenden Umsetzungsprozess eingebunden.

- **Projekt Telekommunikation der Armee: Taktische Funkgeräte und Um Systeme sind in der Armeebotschaft 2020 aufgeführt.**

Die Anforderungen sind in die Armeebotschaft 2020 eingeflossen.

- ▶ **Programm Air2030 – Erneuerung der Mittel zum Schutz des Luftraumes: Die Auswertung der zweiten Offerten für das Neue Kampfflugzeug (NKF) und die Bodengestützte Luftverteidigung (BODLUV) sowie die Erstellung von Entscheidungsgrundlagen zur Typenwahl sind sichergestellt.**

Die Auswertung der zweiten Offerten für das Neue Kampfflugzeug (NKF) und die Bodengestützte Luftverteidigung (BODLUV) sowie die Erstellung von Entscheidungsgrundlagen zur Typenwahl sind planmässig in Bearbeitung.

- ▶ **Die Botschaft zur Revision des Militärgesetzes und der Armeeorganisation ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Aufgrund von Planänderungen und veränderter Prioritätensetzung, unter anderem im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie, konnte die Botschaft nicht mehr im Berichtsjahr durch den Bundesrat verabschiedet werden.

- ▶ **Die Entflechtung zwischen der RUAG International und der MRO Schweiz («Maintenance, Repair and Overhaul») ist in allen massgeblichen Teilen abgeschlossen.**

Die Entflechtung zwischen der RUAG International und der MRO Schweiz konnte in allen massgeblichen Teilen planmässig abgeschlossen werden.

- ▶ **Die Entflechtung der IKT-Büroautomatisation GS-VBS, BABS und armasuisse ist planmässig abgeschlossen und der Service wird durch das BIT erbracht.**

Infolge einer Neupriorisierung der IT-Vorhaben musste das Migrationsverfahren für die Büroautomatisation angepasst werden. Die Entflechtung im GS-VBS wurde planmässig abgeschlossen. Der Zeitplan für die Projekte BABS, armasuisse und NDB wurde neu erstellt und durch den Programmauftraggeber genehmigt.

- ▶ **Die Armeebotschaft 2020–2023 ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Armeebotschaft 2020 am 19. Februar 2020 verabschiedet.

Ziel 2

Beschaffungsmanagement VBS und Immobilien

Teilweise realisiert

- ▶ **Die zweite Serie der Objektblätter zum Sachplan Militär ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Da die Bereinigung mit einzelnen Kantonen mehr Zeit in Anspruch nahm als geplant, konnte der Sachplan Militär nicht mehr im Berichtsjahr durch den Bundesrat verabschiedet werden.

- ▶ **Die neue Immobilienstrategie VBS ist kommuniziert. Die vereinbarten Beiträge und Kennzahlen zuhanden des Controllings VBS werden zur Verfügung gestellt.**

Die neue Immobilienstrategie VBS wurde verabschiedet und ist im Internet aufgeschaltet. Die Voraussetzungen zur Implementierung des Controllings sind in Erarbeitung.

- ▶ **Der Variantenentscheid zur Senkung des Risikos im ehemaligen Munitionslager Mitholz ist unter Einbezug der betroffenen Stellen getroffen.**

Der Variantenentscheid wurde am 4. Dezember 2020 durch den Bundesrat getroffen.

Ziel 3

Sicherheitspolitik / Sicherheitsverbund Schweiz (SVS)

Überwiegend realisiert

- ▶ **Die Sicherheitsverbundsübung 2019 (SVU 19) ist ausgewertet. Der Bericht zuhanden der Politischen Plattform des SVS ist vom Bundesrat zur Kenntnis genommen worden. Die Umsetzung auf Stufe Bund ist beauftragt.**

Die Auswertung der Übung hat stattgefunden. Der Bericht zuhanden der Politischen Plattform des SVS liegt vor, konnte jedoch dem Bundesrat nicht mehr im 2020 vorgelegt werden, da die Regierungskonferenz Militär, Zivilschutz und Feuerwehr (RKMZF) den Bericht erst am 30. November 2020 genehmigt hat.

Ziel 4

Bevölkerungsschutz und Zivilschutz

Realisiert

- ▶ **Die Bevölkerungs- und Zivilschutzverordnung ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Die Bevölkerungs- und Zivilschutzverordnung wurde am 11. November 2020 durch den Bundesrat verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Grundsatzentscheid zur Mobilien breitbandigen Sicherheitskommunikation (MSK) getroffen und über ein entsprechendes Pilotprojekt entschieden. ***

Der Bundesrat hat das VBS (BABS) am 29. Januar 2020 beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Kantonen und den interessierten Betreibern kritischer Infrastrukturen, ab 2020 bis Ende 2023 ein Pilotprojekt für ein mobiles breitbandiges Sicherheitskommunikationssystem (MSK) zu planen und zu realisieren.

- ▶ **Der Bundesrat hat über das Konzept «Finanzhilfen an die Kantone bei der Ereignisbewältigung» (Erdbebenvorsorge) entschieden. ***

Der Bundesrat hat das Konzept «Finanzhilfen an die Kantone bei der Ereignisbewältigung» am 11. Dezember 2020 zur Kenntnis genommen.

Ziel 5 Sportförderung und Rechtsgrundlagen im Bereich Sport

Nicht realisiert

- ▶ **Die Umsetzung der Realisierungsphase des Projektes Nationale Datenbank Sport (NDS) ist planmässig erfolgt.**

Aufgrund des Lockdowns im Rahmen der Covid-19-Pandemie hat die Realisierungsphase des Projektes eine Verzögerung von 6 Monaten erfahren und konnte nicht im Berichtsjahr abgeschlossen werden.

- ▶ **Die Botschaft zu NASAK V (Finanzhilfen an Sportanlagen im Rahmen des Nationalen Sportanlagenkonzepts) ist durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Infolge der erhöhten Arbeitsbelastung im Zusammenhang mit der Covid-19-Pandemie konnte die Botschaft dem Bundesrat nicht mehr im Berichtsjahr unterbreitet werden.

Ziel 6 Landestopografie swisstopo

Teilweise realisiert

- ▶ **Die überarbeitete Strategie für Geoinformation beim Bund sowie die entsprechenden Umsetzungsmassnahmen, welche den Herausforderungen der Digitalisierung zum Nutzen von Bevölkerung, Wirtschaft und Behörden Rechnung tragen, sind durch den Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Strategie für Geoinformation beim Bund sowie die Umsetzung der notwendigen Massnahmen am 11. Dezember 2020 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Geoinformationsgesetzes (GeolG) hinsichtlich Zusammenführung geologischer Datengrundlagen sowie Bereitstellung der notwendigen Dateninfrastrukturen (in Erfüllung des Po. Vogler, 16.4108 vom 16.12.2016 bezüglich «Geologischer Daten zum Untergrund») eröffnet. ***

Die Vernehmlassungsvorlage konnte dem Bundesrat aufgrund von Verzögerungen im Rahmen der Covid-19-Pandemie nicht mehr im 2020 vorgelegt werden.

Ziel 7

Nachrichtendienst Bund

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung für einen Vorentwurf und einen erläuternden Bericht zur Revision des Nachrichtendienstgesetzes (NDG) eröffnet. ***

Im Rahmen der laufenden Revision des Nachrichtendienstgesetzes sollen auch Forderungen der Geschäftsprüfungsdelegation zum Umgang mit Daten berücksichtigt werden. Zudem sollen Erkenntnisse der unabhängigen Aufsichtsbehörde des Nachrichtendienstes in die Arbeiten einfließen. Aus diesem Grund hat der Bundesrat am 26. August 2020 den Auftrag an das VBS zu einem Vernehmlassungsentwurf bis Ende 2021 verlängert.

- ▶ **Der Bericht zur jährlichen Beurteilung der Bedrohungslage ist dem Bundesrat unterbreitet.**

Der Bundesrat hat den Bericht zur jährlichen Bedrohungslage am 29. April 2020 genehmigt.

Finanzdepartement

Ziel 1 Die Schweiz sorgt für einen ausgeglichenen Bundeshaushalt und eine stabile Finanzordnung

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Reform der Mehrwertsteuer eröffnet. ***
Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 19. Juni 2020 eröffnet.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über administrative Erleichterungen und die Entlastung des Bundeshaushalts (strukturelle Reformen) verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 26. August 2020 verabschiedet.
- ▶ **Der Bundesrat hat über einen Entwurf zu einer Vernehmlassungsvorlage zur Tonnage Tax entschieden und gegebenenfalls die Vernehmlassung eröffnet. ***
Der Entscheid über eine Vernehmlassung zur Einführung einer Tonnage Tax wurde pandemiebedingt verschoben. Der Bundesrat hat am 14. Oktober 2020 auf Basis eines Aussprachepapiers (inkl. Vorentwurf) dem EFD den Auftrag erteilt, innert vier-einhalb Monaten eine Vernehmlassungsvorlage auszuarbeiten.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zum Legislaturfinanzplan 2021–2023 gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat den Bericht am 29. Januar 2020 gutgeheissen.
- ▶ **Der Bundesrat hat – in Umsetzung der Botschaft zur Vereinfachung und Optimierung der Haushaltssteuerung – die Änderung der Finanzhaushaltsverordnung gutgeheissen.**
Der Bundesrat konnte die Änderung der Finanzhaushaltsverordnung nicht im Berichtsjahr gutheissen, weil die parlamentarische Beratung der Änderungen am Finanzhaushaltgesetz noch im Gang war.
- ▶ **Der Bundesrat hat die Anpassung der allgemeinen Gebührenverordnung (in Erfüllung der Mo. Gmür 18.3303) gutgeheissen.**
Aufgrund der Covid-19-Pandemie konnten die Arbeiten zur Revision der Allgemeinen Gebührenverordnung noch nicht abgeschlossen werden.
- ▶ **Der Bericht des EFD zu den Langfristperspektiven der öffentlichen Haushalte ist publiziert.**
Der Bericht wurde nicht wie geplant publiziert, weil die Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf die Ergebnisse des Berichts in die Berechnungen einbezogen werden sollen.

Ziel 2

Der Bund erbringt seine staatlichen Leistungen effizient und möglichst digital

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesgesetz über elektronische Verfahren im Steuerbereich verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. Mai 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zu einer gesetzlichen Grundlage für die Beteiligung des Bundes an der Zusammenarbeit der öffentlichen Hand im Bereich des E-Government verabschiedet. ***

Der Bundesrat konnte das Vernehmlassungsergebnis nicht wie geplant zur Kenntnis nehmen und die Botschaft nicht verabschieden, weil die Vorlage aufgrund der Ämterkonsultation mit Bestimmungen zu Open Government Data erweitert wurde und das Projekt mit den Arbeiten des Bundesamtes für Statistik in diesem Bereich abzustimmen war. Am 11. Dezember 2020 hat der Bundesrat die Vernehmlassung eröffnet (Bundesgesetz über den Einsatz elektronischer Mittel zur Erfüllung von Behördenaufgaben [EMBaG]).

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur Totalrevision des Zollgesetzes verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat vom 11. September bis 31. Dezember 2020 die Vernehmlassung durchgeführt. Aufgrund erforderlicher Zusatzabklärungen konnte die Vernehmlassung nicht früher eröffnet werden. Dies führte dazu, dass die Kenntnisnahme vom Vernehmlassungsergebnis und die Verabschiedung der Botschaft nicht im Berichtsjahr erfolgen konnten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die IKT-Strategie des Bundes 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die IKT-Strategie des Bundes 2020–2023 am 3. April 2020 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Strategie «Hybrid-Cloud des Bundes» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Cloud-Strategie der Bundesverwaltung am 11. Dezember 2020 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat auf Basis der Personalstrategie Bundesverwaltung 2020–2023 die neuen Sollwerte und Indikatoren für das Personalmanagement der Bundesverwaltung festgelegt. ***

Der Bundesrat hat am 25. September 2020 Sollwerte für den Zeitraum vom 1. Januar 2020 bis 31. Dezember 2023 festgelegt. Aufgrund der neuen Personalstrategie (fokussiert auf zwei Schwerpunkte) und dem guten Stand der Personalpolitik des Bundes waren keine Indikatoren mehr erforderlich.

- ▶ **In Abhängigkeit vom Vorgehensplan und der Terminierung seitens des Finanzplatzes Schweiz sind das fachliche und das technische Konzept zum eingehenden Einzahlungsschein mit QR-Code erstellt und die Anwendung ist realisiert sowie produktiv gesetzt.**

Die beiden Konzepte zur «QR-Rechnung eingehend» sind erstellt worden. Die Anwendung ist realisiert und seit Ende Juni 2020 produktiv im Einsatz.

- **Die Übernahme der Führung der elektronischen Geschäftsverwaltung (GEVER) als IKT-Standarddienst der Bundesverwaltung ist abgeschlossen und die Leitung des ISB hat den Abschluss bestätigt.**

Der Bundeskanzler hat am 29. Juni 2020 das Programm «GENOVA» bis im September 2021 verlängert. Die Übernahme der Führung von GEVER als IKT-Standarddienst kann erst zum Zeitpunkt des Programmendes vollständig und definitiv abgeschlossen werden. Die Zusammenarbeit zwischen dem Programm «GENOVA» in der BK und der Führung des Standarddiensts GEVER ISB ist sehr gut abgestimmt.

- **Die Entwicklung der Systemkomponenten von DaziT wird in einem Release-Train (Scaled Agile Framework) umgesetzt. Das BIT unterstützt unter anderem mit Ressourcen (Entwicklung, Systemteam, Architektur) und Knowhow. Es werden 5 Planungs-Workshops (PI-Plannings) durchgeführt, die darin vereinbarten Ziele werden erreicht.**

Im Jahr 2020 wurden 5 PI-Plannings durchgeführt, aufgrund der pandemiebedingten Restriktionen fanden vier der fünf PI-Plannings grossmehrheitlich «remote» und online statt. Die gesetzten Ziele wurden erreicht und die benötigten Ressourcen konnten wie geplant bereitgestellt werden.

- **Die zentrale Verwaltung der Geschäftspartner-Stammdaten, basierend auf dem SAP-Modul «Master Data Governance» (zentrale Stammdatenhaltung), für den Kundenstamm der EZV ist aufgebaut und technisch in Betrieb genommen.**

Die zentrale Verwaltung der Geschäftspartner-Stammdaten für den Kundenstamm der EZV ist aufgebaut und technisch in Betrieb genommen worden.

- **Im Rahmen des Programms SUPERB23 ist das Human Capital Management-Modul (Salär- und Personaladministration) aus dem bisherigen System herausgelöst und auf die neue SAP-Datenbank HANA migriert worden.**

Im Jahreswechsel 2019/2020 hat die Firma SAP angekündigt, dass das Human Capital Management-Modul unter S/4HANA weiterhin unterstützt wird. Damit war der Grund für die Dringlichkeit und die vorgezogene Investition nicht mehr gegeben. Die Personallösung auf Basis von SAP wird im Rahmen von SUPERB als normales Arbeitspaket behandelt werden.

- **Das BIT übernimmt im Rahmen des Programms «Entflechtung IKT-Basisleistungen VBS» schrittweise den Betrieb der Büroautomation der zivilen Verwaltungseinheiten: Das Generalsekretariat VBS mit rund 530 Arbeitsplatzsystemen ist migriert.**

Die Migration der Arbeitsplatzsysteme der Mitarbeitenden des GS-VBS ist am 5. November 2020 abgeschlossen worden.

Ziel 3

Die Schweiz sorgt für bestmögliche stabile sowie innovationsfördernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen im digitalen Zeitalter und fördert das inländische Arbeitskräftepotential

Teilweise realisiert

- **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Reform der Verrechnungssteuer auf Zinsanlagen eröffnet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 3. April 2020 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einer Erhöhung der Pauschalabzüge für Krankenkassenprämien eröffnet. ***

Die Eröffnung der Vernehmlassung musste aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur Änderung des Versicherungsaufsichtsgesetzes verabschiedet. ***

Am 21. Oktober 2020 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zu einer Änderung des Bankengesetzes (Einlagensicherung, Bankeninsolvenz) verabschiedet. ***

Am 19. Juni 2020 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat eine Vernehmlassung durchgeführt und darauf basierend Anpassungen auf Verordnungsstufe im Zusammenhang mit dem Bundesgesetz zur Anpassung des Bundesrechts an Entwicklungen der Technik verteilter elektronischer Register gutgeheissen. ***

Die Vernehmlassung wurde vom 19. Oktober 2020 bis am 2. Februar 2021 vom EFD durchgeführt. Aufgrund der Pandemie verzögerte sich die parlamentarische Beratung des Gesetzes. Dies hat dazu geführt, dass die Vernehmlassung nicht früher eröffnet werden und daher die Verordnungsanpassungen nicht im Berichtsjahr vom Bundesrat gutgeheissen werden konnten.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zur Totalrevision des Bundesgesetzes über die Durchführung von zwischenstaatlichen Abkommen des Bundes zur Vermeidung der Doppelbesteuerung verabschiedet. ***

Am 4. November 2020 hat der Bundesrat das Vernehmlassungsergebnis zur Kenntnis genommen und die Botschaft zum Bundesgesetz über die Durchführung von internationalen Abkommen im Steuerbereich (StADG) verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem FATCA-Abkommen nach Modell 1 mit den USA verabschiedet. ***

Die Botschaft konnte nicht wie geplant verabschiedet werden, weil die laufenden Verhandlungen über ein FATCA-Abkommen nach dem Modell 1 noch nicht abgeschlossen werden konnten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Motion WAK-N 17.3261 zur «Wettbewerbsfähige steuerliche Behandlung von Start-ups inklusive von deren Mitarbeiterbeteiligungen» umgesetzt. Soweit dazu Gesetzes- oder Ordnungsänderungen erforderlich sind, hat er die Vernehmlassung dazu eröffnet. ***

Das Kreisschreiben 28 der Schweizerischen Steuerkonferenz und das Kreisschreiben 37 der Eidgenössischen Steuerverwaltung wurden angepasst. Sie gelten ab Anfang 2021. Da zunächst das Resultat der Änderungen in den Kreisschreiben abgewartet werden musste um abschliessend klären zu können, ob weitere Änderungen auf Stufe Gesetz notwendig sind, wurde 2020 keine Vernehmlassung eröffnet.

- **Der Bundesrat hat die Revision der Verordnung über das öffentliche Beschaffungswesen gutgeheissen und die Verordnung und das Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen per 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt. ***

Am 12. Februar 2020 hat der Bundesrat die Verordnungsrevision gutgeheissen und sowohl das Bundesgesetz wie auch die Verordnung auf den 1. Januar 2021 in Kraft gesetzt.

- **Der Bundesrat hat den Bericht «Strategie für einen wettbewerbsfähigen Finanz- und Steuerstandort Schweiz» (Arbeitstitel) gutgeheissen. ***

Am 4. Dezember 2020 hat der Bundesrat den Bericht «Weltweit führend, verankert in der Schweiz; Politik für einen zukunftsfähigen Finanzplatz Schweiz» gutgeheissen.

- **Der Bundesrat hat die Berichte «Möglichkeiten und Folgen einer Senkung der Kapital- und der Vermögenssteuer von Unternehmen» (in Erfüllung des Po. Derder 17.4292), «Marktzugang im Finanzbereich in Italien und Frankreich» (Arbeitstitel) (in Erfüllung des Po. Merlini 17.3744), «Regulatorische Rahmenbedingungen im Finanzsektor für Geschäftstätigkeiten von Schweizer Unternehmen in Afrika» (in Erfüllung des Po. Chevalley 17.3842), «Reicht die Bankenaufsicht, um die Gefahren der Geldwäscherei im Rohstoffsektor einzudämmen?» (in Erfüllung des Po. Seydoux-Christe 17.4204), «Regulierungskosten durch FINMA-Rundschreiben» (in Erfüllung der Po. Germann 17.3620 und Vogler 17.3566) gutgeheissen. ***

Der Bericht zum Postulat Derder 17.4292 wurde nicht verfasst. Der Auftrag, einen Bericht über die Möglichkeiten und Folgen einer Senkung der Kapital- und der Vermögenssteuern von Unternehmen zu erstellen, steht in engem Zusammenhang mit der Motion WAK-N 17.3261. Das weitere Vorgehen hinsichtlich des Postulatsberichts konnte deshalb nicht vor Abschluss der diesbezüglichen Umsetzungsarbeiten festgelegt werden. Ebenso konnte der Bericht zum Postulat Merlini 17.3744 nicht im Berichtsjahr gutgeheissen werden, weil die Berichterstattung auch von der Weiterentwicklung der Beziehungen der Schweiz zur EU sowie von der konkreten Umsetzung des Brexit abhängt. Den Bericht zum Postulat Chevalley 17.3842 hat der Bundesrat am 2. September 2020 gutgeheissen, denjenigen zum Postulat Seydoux-Christe 17.4204 am 26. Februar 2020 und den Bericht zu den Postulaten Germann 17.3620 und Vogler 17.3566 am 20. März 2020.

Ziel 4

Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten und zum EU-Binnenmarkt

Teilweise realisiert

- **Der Bundesrat hat die Haltung der Schweiz im OECD-Projekt «Massnahmen zur Besteuerung der digitalisierten Wirtschaft» festgelegt und die Position der Schweiz zum Schlussbericht der OECD verabschiedet. ***

Der Bundesrat wurde laufend über die Entwicklungen in der OECD informiert und konnte so die Haltung der Schweiz zum diskutierten Inhalt des Projekts jeweils festlegen. In der OECD kam es allerdings zu Verzögerungen, der Schlussbericht lag Ende 2020 nicht wie geplant vor. Entsprechend konnte auch der Bundesrat keine Position der Schweiz dazu verabschieden.

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Anpassung der Mittelausstattung des Internationalen Währungsfonds verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft über die Genehmigung des Beitritts der Schweiz zu den geänderten Neuen Kreditvereinbarungen des Internationalen Währungsfonds (IWF) am 12. Februar 2020 verabschiedet. Damit verbunden hat er am 19. Juni 2020 die Erneuerung der reduzierten bilateralen Kreditlinie der Schweiz an den IWF beschlossen.

- **Die Rahmenbedingungen für den internationalen Marktzugang von Schweizer Finanzinstituten sind verbessert worden. Im Zentrum stehen dabei die künftige Ausgestaltung und Nutzung von Äquivalenzverfahren der EU im Bereich der Wertpapier-, Derivate, Fond- und Finanzmarktinfrastuktur, v.a. im Kontext des Brexit, und die Ausarbeitung konkreter bilateraler Marktzugangsbedingungen. Entsprechende Verfahren sind im Gang und der Bundesrat ist informiert worden.**

Am 30. Juni 2020 hat das EFD mit dem HM Treasury eine Absichtserklärung unterzeichnet, in der die Aushandlung einer Vereinbarung zur Verbesserung des gegenseitigen Marktzugangs im Finanzdienstleistungsbereich zwischen dem Vereinigten Königreich und der Schweiz angestrebt wird. Der Bundesrat wurde im Zusammenhang mit der übergeordneten Mind-The-Gap-Strategie mehrfach über den Stand der Gespräche mit dem Königreich informiert. Im Bereich der Äquivalenzverfahren mit der EU wurden vor dem Hintergrund der Gesamtbeziehungen Schweiz-EU keine Fortschritte erzielt.

- **Der Dialog mit den Partnerbehörden ausgewählter G20-Länder, bedeutender Finanzplätze und aufstrebender Wachstumsmärkte, insbesondere in Asien ist vertieft worden, auch im Hinblick auf verbesserte Rahmenbedingungen für das Auslandsgeschäft der Schweizer Finanzplatzakteure sowie eine erneute Teilnahme der Schweiz an den Treffen der Finanzminister und Notenbanken der G-20 in den Jahren 2020 und 2021. Der Bundesrat ist über ausgewählte Dialoge informiert worden.**

Die Schweiz konnte die Beziehungen im Finanzbereich zu verschiedenen wichtigen Finanzplätzen im Rahmen von bilateralen Dialogen weiter vertiefen und pflegen, namentlich mit Deutschland, Frankreich, Italien, dem Vereinigten Königreich, Hong Kong, Singapur und Russland. Aufgrund der Pandemie erfolgten die bilateralen Kontakte zum überwiegenden Teil virtuell. Zudem hat die Schweiz zum ersten Mal als Gastland an allen G-20-Arbeiten unter saudischem Vorsitz teilgenommen. Für 2021 ist die Schweiz vom italienischen Vorsitz erneut zum Finance Track eingeladen worden. Der Bundesrat wurde regelmässig über die Entwicklungen informiert.

Ziel 5

Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Gleichberechtigung zwischen den Geschlechtern

Realisiert

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Volksinitiative «Löhne entlasten, Kapital gerecht besteuern» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 6. März 2020 verabschiedet.

Ziel 6

Die Schweiz beugt Gewalt, Kriminalität und Terrorismus vor und bekämpft sie wirksam

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision der Geldwäschereiverordnung gutgeheissen. ***
Der Bundesrat konnte die revidierte Verordnung nicht wie geplant gutheissen, weil das Gesetz vom Parlament noch nicht verabschiedet worden ist. Die parlamentarische Debatte hat sich verzögert, einerseits aufgrund der Pandemie und andererseits wegen einer stark umstrittenen Massnahme (zweimal Anhörungen, Ausarbeitung und Präsentation von verschiedenen Anpassungsoptionen).
- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Übernahme und Umsetzung der neuen Verordnung über die Europäische Grenz- und Küstenwache verabschiedet. ***
Der Bundesrat hat die Botschaft am 26. August 2020 verabschiedet.

Ziel 7

Der Bund tritt Cyber-Risiken entgegen und unterstützt und ergreift Massnahmen, um die Bürgerinnen und Bürger sowie die kritischen Infrastrukturen zu schützen

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat ist über den Umsetzungsstand der Massnahmen 2020 aus der Umsetzungsplanung der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) 2018–2022 informiert worden.**
Der Cyberausschuss des Bundesrates hat den Bericht zum Umsetzungsstand der Nationalen Strategie zum Schutz der Schweiz vor Cyber-Risiken (NCS) am 5. Oktober 2020 verabschiedet; dies anstelle einer Information des Bundesrates.
- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zu Internet of Things (Sicherheit der Geräte, Missbrauch für Cyberkriminalität erschweren) (in Erfüllung des Po. Glättli 17.4295) gutgeheissen. ***
Der Bundesrat hat den Bericht am 29. April 2020 gutgeheissen.
- ▶ **Die Evaluation der neuen Organisation des Bundes im Bereich Cyber-Risiken liegt dem Departementsvorsteher vor.**
Im Auftrag von EDA und EFD hat die Universität Oxford eine Studie zum Stand der Cybersicherheit in der Schweiz erstellt. Dies mit dem Ziel, eine erste Basis für die Evaluation der neuen Organisation des Bundes im Bereich Cyberrisiken zu liefern. Der Cyberausschuss des Bundesrates hat daraufhin entschieden, die zwei Evaluationsaufträge zu den Cybersicherheitsstrukturen des Bundes aus dem entsprechenden Bundesratsbeschluss zusammenzulegen und bis spätestens Ende 2022 zu erledigen. Hierbei sind die Erkenntnisse aus dem Oxford-Bericht mitzubearbeiten.

Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung

Ziel 1 **Die Schweiz sorgt für bestmögliche stabile sowie innovationsfördernde wirtschaftliche Rahmenbedingungen im digitalen Zeitalter und fördert das inländische Arbeitskräftepotential**

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Kartellgesetzes (in Erfüllung der Mo. Fournier 16.4094) eröffnet. ***

Aufgrund dringender Arbeiten im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Analysen und Massnahmen zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Pandemie verzögerten sich die Arbeiten zur Vernehmlassung zur Teilrevision des Kartellgesetzes.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zu einem Bundesgesetz über die administrative Entlastung der Unternehmen (in Erfüllung der Mo. Sollberger 16.3388) eröffnet. ***

Aufgrund dringender Arbeiten im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Analysen und Massnahmen zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Pandemie verzögerten sich die Arbeiten zur Vernehmlassung zum Bundesgesetz über die administrative Entlastung der Unternehmen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Wirkungsanalyse zum Zweitwohnungsgesetz zur Kenntnis genommen.**

Aufgrund dringender Arbeiten im Zusammenhang mit wirtschaftlichen Analysen und Massnahmen zur Abfederung der Folgen der Covid-19-Pandemie verzögerten sich die Arbeiten an der Wirkungsanalyse zum Zweitwohnungsgesetz.

- ▶ **Die Liste der meldepflichtigen Berufsarten zur Umsetzung der Stellenmeldepflicht ist aktualisiert und in der Verordnung des WBF über die Unterstellung von Berufsarten unter die Stellenmeldepflicht publiziert.**

Die Liste der Berufsarten die im Jahr 2021 der Stellenmeldepflicht unterstellt sind, wurde aktualisiert und am 27. November 2020 publiziert.

Ziel 2 **Die Schweiz bleibt führend in Bildung, Forschung und Innovation und nutzt die Chancen der Digitalisierung**

Teilweise realisiert

- ▶ **Die Botschaft zur Förderung von Bildung, Forschung und Innovation in den Jahren 2021 bis 2024 (BFI-Botschaft) ist vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 26. Februar 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Finanzierung der Beteiligung der Schweiz an den europäischen Programmen und Initiativen im Bereich Forschung und Innovation für die Jahre 2021–2027 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 20. Mai 2020 verabschiedet.

- ▶ **Die Verhandlungsmandate für die Assoziierung der Schweiz an die nächste Generation des EU-Forschungsprogramms «Horizon Europe» sowie an weitere, für die Schweiz relevante EU-Initiativen im Forschungs- und Innovationsbereich sind verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat das definitive Verhandlungsmandat für die Assoziierung der Schweiz an die nächste Generation des EU-Forschungsprogramms «Horizon Europe» (2021–2027) sowie den weiteren damit verbundenen Massnahmen der EU im Forschungs- und Innovationsbereich am 11. Dezember 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnung über die Massnahmen für die Beteiligung der Schweiz an den Rahmenprogrammen der Europäischen Union im Bereich Forschung und Innovation (FRPBV) mit Blick auf die Programmgeneration ab 2021 angepasst.**

Die Verhandlungen innerhalb der EU über die rechtlichen Rahmenbedingungen für «Horizon Europe» und die weiteren damit verbundenen Initiativen haben sich verzögert. Die FRPBV kann aber erst dann angepasst werden, nachdem die entsprechende Rechtsakte von der EU verabschiedet worden ist.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Entscheid über die Verabschiedung eines Verhandlungsmandats für eine Schweizer Beteiligung am Programm Erasmus für die Jahre 2021 bis 2027 gefällt. ***

Der Bundesrat hat den Entscheid am 25. September 2020 gefällt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnung zum Bundesgesetz über die internationale Zusammenarbeit und Mobilität in der Bildung verabschiedet. ***

Die parlamentarischen Beratungen des Bundesgesetzes wurden aufgrund der Covid-19-Pandemie um eine Session verschoben und erst in der Herbstsession 2020 abgeschlossen (Referendumsfrist 14. Januar 2021). Die Vernehmlassung musste auch entsprechend verschoben werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Änderung des Bundesgesetzes über die Förderung der Forschung und der Innovation FIFG verabschiedet. ***

Nach Abschluss der Vernehmlassung und Vorliegen des entsprechenden Auswertungsberichtes mussten zusätzliche Abklärungen gemacht werden. Dies führte zu Verzögerungen, und die Verabschiedung konnte nicht im Berichtsjahr erfolgen.

- ▶ **Die 5. Serie Nationaler Forschungsschwerpunkte (NFS) unter besonderer Berücksichtigung der Digitalisierung ist gestartet.**

Die sechs neuen NFS der 5. Serie sind seit August 2020 operativ.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnung für das Eidgenössische Hochschulinstitut für Berufsbildung revidiert und zusammen mit dem EHB-Gesetz in Kraft gesetzt.**

Die parlamentarischen Beratungen zum Gesetz wurden in der Herbstsession 2020 abgeschlossen, mit Referendumsfrist 14. Januar 2021. Entsprechend wird die Inkraftsetzung des Gesetzes und der Verordnung später erfolgen.

- **Der Bundesrat hat die Berichte «Effizienz- und Qualitätsgewinn im Schweizer Bildungswesen» (in Erfüllung des Po. de Courten 16.3474) sowie «Schaffung von Studienplätzen in Humanmedizin. Bilanz der Massnahme des Bundes und Perspektiven» (in Erfüllung des Po. Bulliard-Marbach 18.3631) im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat die Berichte «Effizienz- und Qualitätsgewinn im Schweizer Bildungswesen» (in Erfüllung des Po. de Courten 16.3474) sowie «Schaffung von Studienplätzen in Humanmedizin. Bilanz der Massnahme des Bundes und Perspektiven» (in Erfüllung des Po. Bulliard-Marbach 18.3631) im Rahmen der BFI-Botschaft 2021–2024 am 26. Februar 2020 gutgeheissen.

- **Das gemeinsame Arbeitsprogramm der Bildungszusammenarbeit ist von WBF und EDK verabschiedet.**

Das gemeinsame Arbeitsprogramm der Bildungszusammenarbeit für die Jahre 2021–2024 wurde am 26. November 2020 im Rahmen des Steuerorgans von WBF und EDK verabschiedet.

- **Die Projekte im Rahmen der Strategie Berufsbildung 2030 sind verbundpartnerschaftlich abgestützt und gemäss Meilensteinplan fortgeschritten.**

Die Projekte wurden planmässig durchgeführt und dem Steuergremium Berufsbildung 2030 regelmässig vorgelegt.

Ziel 3

Die Schweiz nutzt Boden und natürliche Ressourcen schonend und fördert eine nachhaltige Land- und Ernährungswirtschaft

Realisiert

- **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 12. Februar 2020 verabschiedet.

- **Der Bundesrat hat die Berichte «Übersicht über die entlastenden und belastenden Spezialregeln der Landwirtschaft» (in Erfüllung des Po. Caroni 18.4275) sowie «Schrittweiser Ausstieg aus der Verwendung von Glyphosat. Zweckmässigkeit und Modalitäten» (in Erfüllung des Po. Thorens Goumaz 17.4059) gutgeheissen. Ebenfalls hat der Bundesrat – im Rahmen der Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 – den Bericht «Zugang zu Land und zu Landwirtschaftsbetrieben verbessern» (in Erfüllung des Po. Jans 17.3916) und den Bericht «Gesamtschau Agrarpolitik: Einfluss des Grenzschutzes auf der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Branchen» (in Erfüllung des Po. WAK-N 18.3380) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat die Berichte wie folgt gutgeheissen: «Übersicht über die entlastenden und belastenden Spezialregeln der Landwirtschaft» (in Erfüllung des Po. Caroni 18.4275) am 5. Juni 2020, «Schrittweiser Ausstieg aus der Verwendung von Glyphosat. Zweckmässigkeit und Modalitäten» (in Erfüllung des Po. Thorens Goumaz 17.4059) am 4. Dezember 2020, «Zugang zu Land und zu Landwirtschaftsbetrieben verbessern» (in Erfüllung des Po. Jans 17.3916) am 12. Februar 2020 im Rahmen der Botschaft zur Agrarpolitik ab 2022 und «Gesamtschau Agrarpolitik: Einfluss des Grenzschutzes auf der Landwirtschaft vor- und nachgelagerte Branchen» (in Erfüllung des Po. WAK-N 18.3380) am 20. März 2020.

- ▶ **Das risikobasierte Kontrollsystem im Bereich der Direktzahlungen ist umgesetzt.**

Das risikobasierte System zur Kontrolle der Landwirtschaftsbetriebe wird seit dem 1. Januar 2020 umgesetzt.

- ▶ **Die neuen mit den Regelungen in der EU harmonisierten Bestimmungen im Bereich Pflanzengesundheit sind umgesetzt.**

Die Verordnung des WBF und des UVEK zur Pflanzengesundheitsverordnung wurde am 19. Juni 2020 aktualisiert und die Änderungen per 1. August 2020 in Kraft gesetzt.

Ziel 4 Die Schweiz fördert den gesellschaftlichen Zusammenhalt

Realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zu einem Rahmenkredit für Eventualverpflichtungen in der Wohnraumförderung für die Jahre 2021–2027 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 2. September 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Allgemeinverbindlichkeit des Rahmenmietvertrages für die Westschweiz erneuert.**

Die Allgemeinverbindlichkeit des Rahmenmietvertrags für die Westschweiz wurde nicht erneuert, weil sie von den Vertragsparteien nicht beantragt wurde. Hingegen genehmigte der Bundesrat am 24. Juni 2020 die Allgemeinverbindlicherklärung des Rahmenmietvertrags für den Kanton Waadt.

Ziel 5 Die Schweiz kennt die Bedrohungen ihrer Sicherheit und verfügt über die notwendigen Instrumente, um diesen wirksam entgegenzutreten

Nicht realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Eidgenössischen Volksinitiative «Gegen Waffenexporte in Bürgerkriegsländer (Korrektur-Initiative)» verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat wegen der Covid-19-Pandemie am 20. März 2020 eine Verordnung über den Fristenstillstand von eidgenössischen Volksbegehren erlassen. Dies hatte zur Folge, dass die Fristen für die Behandlung von Volksinitiativen gemäss den Artikeln 97, 100 und 105 des Parlamentsgesetzes bis am 31. Mai 2020 stillstanden. Dadurch verschob sich der Termin zur Verabschiedung der Botschaft zur Korrektur-Initiative.

Ziel 6

Die Schweiz leistet ihren Beitrag zu einer tragfähigen Weltwirtschaftsordnung und sichert der Schweizer Wirtschaft den Zugang zu internationalen Märkten und zum EU-Binnenmarkt

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat Botschaften zur Genehmigung von Freihandelsabkommen (FHA) verabschiedet und Entscheide zur Aufnahme von Verhandlungen für neue sowie die Modernisierung bestehender FHA gefällt. ***

Das FHA mit Ecuador wurde ratifiziert und ist am 1. November 2020 in Kraft getreten. Bei der Aktualisierung des FHA mit Chile konnten Fortschritte erzielt werden. Aufgrund des Referendums gegen das FHA mit Indonesien konnte dieses noch nicht ratifiziert werden. Andere Prozesse wie die rechtliche Überprüfung des in der Substanz finalisierten FHA mit den Mercosur Staaten konnten zwar weitergeführt werden, wurden aber unter anderem aufgrund der Covid-19-Pandemie und den damit einhergehenden Reisebeschränkungen verzögert. Verhandlungsmandate für neue Abkommen mit Moldova und Thailand wurden verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Aussenwirtschaftsstrategie überprüft und angepasst sowie Beschlüsse zur Sicherung und Weiterentwicklung des multilateralen Handelssystems (WTO) gefällt. ***

Die Arbeiten zur Reform und Stärkung der WTO haben aufgrund der Covid-19-Pandemie Verzögerungen erfahren. Insbesondere musste die 12. WTO-Ministerkonferenz auf 2021 verschoben werden. Trotzdem konnten gewisse Ziele erreicht werden (z.B. Fortschritte bei den plurilateralen Verhandlungen, Schaffung eines provisorischen multipartiten Berufungsverfahrens für WTO-Streitfälle). Die Überarbeitung der Aussenwirtschaftsstrategie hat sich aufgrund der Arbeiten im Zusammenhang mit der Bewältigung der Covid-19-Pandemie verzögert.

- ▶ **Die Botschaft über ein Handelsabkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich wurde vom Bundesrat verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 15. Januar 2020 verabschiedet.

- ▶ **Die Botschaft über die Rahmenkredite für die Beteiligung der Schweiz an der Kapitalisierung der Internationalen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (IBRD) und der Internationalen Finanz-Corporation (IFC) der Weltbank-Gruppe sowie an der 7. Kapitalerhöhung der Afrikanischen Entwicklungsbank (AfDB) wurde verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 19. Februar 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU aktualisiert sowie fallweise weiterentwickelt, wobei insbesondere das Abkommen über den Abbau technischer Handelshemmnisse (MRA) von 1999 (Medizinprodukte) weitgehend revidiert wurde. ***

Der Bundesrat hat am 1. Juli 2020 die Revision der Medizinprodukteverordnung genehmigt. Damit ist die Gleichwertigkeit der entsprechenden gesetzlichen Regelungen in der Schweiz und der EU gegeben. Eine Aktualisierung des MRA konnte noch nicht erfolgen und hängt von weiteren Schritten zum Institutionellen Abkommen zwischen der Schweiz und der EU ab.

Ziel 7

Die Schweiz engagiert sich für Reformen zur Stärkung der multilateralen Zusammenarbeit und intensiviert gezielt ihr Engagement in der internationalen Zusammenarbeit

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 am 19. Februar 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Finanzierung multilateraler Organisationen und internationaler Finanzinstitutionen als wichtiger Bestandteil der Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 beschlossen. ***

Der Bundesrat hat am 27. Mai 2020 beschlossen, dass sich die Schweiz an den Wiederauffüllungen der Internationalen Entwicklungsorganisation der Weltbank (IDA) und des Afrikanischen Entwicklungsfonds (AfDF) beteiligt sowie die seit 2005 bestehende Unterstützung für die multilaterale Entschuldungsinitiative (MDRI) fortsetzt. Ferner hat er am 18. August 2020 entschieden, den Beitrag der Schweiz an den Green Climate Fund (GCF) im Rahmen seiner ersten Wiederauffüllung um 50 Mio. USD auf 150 Mio. USD zu erhöhen. Der Entscheid über einen Beitrag der Schweiz an der zwölften Wiederauffüllung des Asiatischen Entwicklungsfonds (ADF) wurde hingegen noch nicht getroffen, wegen der pandemiebedingten Verschiebung der Pledging-Konferenz durch die Asiatische Entwicklungsbank.

- ▶ **Der Schlussbericht zur Umsetzung der Botschaft zur internationalen Zusammenarbeit 2017–2020 wurde vom Bundesrat gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Schlussbericht am 19. Februar 2020 gemeinsam mit der Botschaft zur Strategie der internationalen Zusammenarbeit 2021–2024 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Abkommen in Form eines Briefwechsels mit der Türkei über die Ausweitung der Ursprungskumulierung im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS/GPS) verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 15. Januar 2020 die Botschaft zur Genehmigung des Abkommens mit der Türkei im Rahmen des Allgemeinen Präferenzsystems (APS/GPS) verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht «Optimierung und Koordinierung der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 18.3483) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Bericht «Optimierung und Koordinierung der Instrumente der Entwicklungszusammenarbeit» (in Erfüllung des Po. Bourgeois 18.3483) am 6. März 2020 gutgeheissen.

Departement für Umwelt, Verkehr, Energie und Kommunikation

Ziel 1 Die Schweiz sorgt für zuverlässige und solid finanzierte Verkehrs- und IKT-Infrastrukturen

Teilweise realisiert

- ▶ **Mit der Verfügung für das Betriebsreglement 2017 am Flughafen Zürich sind weitere Sicherheitsmassnahmen für den Flugbetrieb um- als auch die neue zulässige Lärmbelastung festgesetzt.**

Das Genehmigungsverfahren wurde noch nicht abgeschlossen, da die Bereinigung der Stellungnahmen mehr Zeit in Anspruch nimmt als geplant. Ausserdem hängt der Entscheid zum Betriebsreglement 2017 vom Entscheid des Bundesverwaltungsgerichts zum Betriebsreglement 2014 ab. Dieser steht noch aus.

- ▶ **Die Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Flugsicherungskosten auf Schweizer Regionalflugplätzen ist geprüft und neu festgelegt.**

Die Überprüfung und Festlegung der Beteiligung des Bundes an der Finanzierung der Flugsicherungskosten auf Schweizer Regionalflugplätzen wurde noch nicht abgeschlossen und die Beteiligung des Bundes noch nicht neu festgelegt. Die bundesinterne Abstimmung nimmt mehr Zeit in Anspruch als geplant.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Finanzierung des Betriebs, des Substanzerhalts und der Systemaufgaben der Bahninfrastruktur und der privaten Güterverkehrsanlagen in den Jahren 2021–2024 verabschiedet und hat das weitere Vorgehen bezüglich Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport festgelegt. ***

Der Bundesrat hat am 13. Mai 2020 die Botschaft zur Finanzierung des Betriebs und Substanzerhalts der Bahninfrastruktur, der Systemaufgaben in diesem Bereich und zu Investitionsbeiträgen an private Güterverkehrsanlagen in den Jahren 2021–2024 verabschiedet. Am 28. Oktober 2020 hat er die Botschaft zum Bundesgesetz über den unterirdischen Gütertransport zuhanden des Parlaments verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Bundesbeschluss über eine Verlängerung des Bürgschaftsrahmenkredits für die Beschaffung von Betriebsmitteln im regionalen Personenverkehr verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat die Botschaft am 5. Juni 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Übernahme des 4. Eisenbahn-Pakets und zum Beitritt zur Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) eröffnet. ***

Die Vernehmlassung zum 4. EU Eisenbahn-Paket und zum Beitritt zur Europäischen Eisenbahnagentur (ERA) konnten nicht eröffnet werden. Die EU macht ihr Mandat für eine Anpassung des Landverkehrsabkommens und ein verbindliches Screening der Anpassungen EBG/EBV von den Fortschritten beim Institutionellen Abkommen abhängig.

- ▶ **Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen zur Reform Regionaler Personenverkehr (RPV) festgelegt und der Bericht «Marktordnung im Personenverkehr: wie weiter nach dem Ablauf der SBB-Konzession 2017?» (in Erfüllung des Po. Regazzi 14.3259) gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat am 12. Juni 2020 das UVEK beauftragt, die Botschaft zur Reform Regionaler Personenverkehr auf Basis der Variante Optimierung auszuarbeiten. Im Hinblick auf den Bericht in Erfüllung des Postulates Regazzi 14.3259 hat das UVEK verschiedene Abklärungen getroffen. Der Bericht konnte vom Bundesrat aber noch nicht gutgeheissen werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen zur Multimodalen Mobilität festgelegt. ***

Der Bundesrat hat am 1. Juli 2020 das UVEK beauftragt, eine Botschaft zur multimodalen Mobilität und zur Nationalen Dateninfrastruktur Mobilität (NaDIM) auszuarbeiten.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung über die Botschaft zur Ausführungsgesetzgebung zum Bundesbeschluss über die Velowege eröffnet und die Botschaft verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 13. Mai 2020 die Vernehmlassung über die Botschaft zum Bundesgesetz über die Velowege eröffnet. Aufgrund der ursprünglich nicht vorgesehenen Integration in das bestehende Fuss- und Wanderweggesetz sowie einer Covid-19-bedingten Verschiebung der Vernehmlassungseröffnung, verzögert sich die Verabschiedung der Botschaft um rund ein halbes Jahr.

- ▶ **Der Bundesrat verabschiedet mit dem Sachplan Verkehr, Teil Programm, ein strategisches Koordinationsinstrument auf nationaler Ebene für die Abstimmung zwischen der Raumentwicklung und den Infrastrukturmassnahmen sowie zwischen den einzelnen Verkehrsträgern. Der Bundesrat hat die Objektblatt-Serie 15 des Sachplans Infrastruktur der Luftfahrt (SIL) verabschiedet. ***

Anfang 2020 wurde vom UVEK beschlossen, die Abstimmung mit den Kantonen weiter zu vertiefen und die Anhörung und Mitwirkung im Dezember 2020 abzuschliessen. Der Sachplan Verkehr, Teil Programm konnte im Berichtsjahr vom Bundesrat nicht verabschiedet werden. Der Bundesrat hat die Objektblatt-Serie 15 des SIL am 2. September 2020 verabschiedet.

Ziel 2

Die Schweiz schafft Rahmenbedingungen für ein effizientes Gesamtverkehrssystem

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilnahme der Schweiz an der Agentur für das europäische Globale Satellitennavigationssystem (GSA) verabschiedet.**

Die Paraphierung/Unterzeichnung des ausgehandelten Abkommensentwurfs über die Teilnahme an der GSA wurde von der EU aufgrund mangelnden Fortschritts beim Institutionellen Abkommen blockiert. Die Botschaft konnte daher noch nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes, u.a. mit den Themen automatisierte Fahrzeuge und Anpassung der Via sicura-Massnahmen, eröffnet.**

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung vom 12. August bis 12. Dezember 2020 durchgeführt.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung «Fairere Verfahren im Strassenverkehr» (in Erfüllung der Mo. Caroni 17.4317) und die Vernehmlassung zur Anpassung der Chauffeurzulassungsverordnung (CZV) an die geänderte Richtlinie 2003/59/EG eröffnet.**

Die Eröffnung der Vernehmlassung zur Motion Caroni hat sich wegen der Arbeiten, die durch die Covid-19-Pandemie ausgelöst wurden, verzögert. Auf eine Vernehmlassung zur Anpassung der Chauffeurzulassungsverordnung (CZV) an die geänderte Richtlinie 2003/59/EG soll wegen der geringen Tragweite der Änderungen verzichtet werden. Der Bundesrat soll die Anpassung der CZV beschliessen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Revision der Verordnungen der Verkehrsregeln und der Signalisationsregeln verabschiedet.**

Der Bundesrat hat die revidierten Verkehrsregeln- und Signalisationsverordnungen am 20. Mai 2020 verabschiedet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision der Mofavorschriften (in Erfüllung des Po. Candinas 15.4038) und die Vernehmlassung «Kompensierung des Gewichts elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie» (zur Umsetzung der Mo. Bourgeois 18.3420) eröffnet.**

Die Vernehmlassung zur Revision der Mofavorschriften wurde nicht eröffnet, da die Anliegen des Postulats Candinas durch das Postulat Burkart 18.4291 («Langsamverkehr. Eine Gesamtsicht ist erforderlich») erfasst werden. Im Rahmen der laufenden Arbeiten zum Bericht in Erfüllung des Postulats Burkart werden die Aspekte des Postulats Candinas miteinfließen. Die Kompensierung des Gewichts elektrischer Batterien bei Lieferwagen der 3,5-Tonnen-Kategorie (in Erfüllung der Mo. Bourgeois 18.3420) ist Bestandteil der Teilrevision des Strassenverkehrsgesetzes, die am 12. August 2020 vom Bundesrat in die Vernehmlassung gegeben wurde.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Sachplan Verkehr, Teil Programm, verabschiedet.**

Anfang 2020 wurde vom UVEK beschlossen, die Abstimmung mit den Kantonen weiter zu vertiefen und die Anhörung und Mitwirkung im Dezember 2020 abzuschliessen. Der Sachplan Verkehr, Teil Programm konnte im Berichtsjahr vom Bundesrat nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Das Departement UVEK setzt die Verordnung über das Programm Agglomerationsverkehr (PAVV) in Kraft und begleitet die Erhebung des Mikrozensus Mobilität und Verkehr 2020.**

Die Verordnung vom 20. Dezember 2019 über das Programm Agglomerationsverkehr (PAVV) wurde vom UVEK auf den 1. Februar 2020 in Kraft gesetzt. Die Erhebung des Mikrozensus Mobilität und Verkehr musste wegen der Covid-19-Pandemie im März 2020 sistiert und verschoben werden.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht (in Erfüllung des Po. Burkart 18.3606) zur Lösung der Schnittstellenproblematik zwischen Nationalstrassen und dem nachgelagerten Strassennetz gutgeheissen. ***

Am 21. Oktober 2020 hat der Bundesrat den Bericht zur Beantwortung der Schnittstellen gutgeheissen. Um die übermässige Belastung solcher Schnittstellen zu beheben, sollen die Verkehrsmittel besser vernetzt und das Zusammenspiel zwischen den Staatsebenen gestärkt werden. Dafür sind die bestehenden Planungs- und Finanzierungsinstrumente des Bundes noch stärker auf Schnittstellen auszurichten und durch neue Formen der Zusammenarbeit zu ergänzen.

Ziel 3

Die wirtschaftliche, nachhaltige und sichere Energieversorgung der Schweiz ist gewährleistet

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Stromabkommen mit der EU und die Botschaft zur Revision des Stromversorgungsgesetzes verabschiedet. ***

2020 wurden keine Verhandlungen zum Stromabkommen mit der EU geführt, da die EU deren Fortführung an Fortschritte beim Institutionellen Abkommen knüpft. Die Botschaft wurde deshalb noch nicht verabschiedet. Der Bundesrat hat am 11. November 2020 die Ergebnisse der Vernehmlassung zur Revision des Energiegesetzes zur Kenntnis genommen und gleichzeitig beschlossen, die Revision des Stromversorgungsgesetzes mit der später initiierten Revision des Energiegesetzes zusammenzuführen. Aus diesem Grund konnte er die Botschaft noch nicht verabschieden.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zum Energiegesetz eröffnet. ***

Der Bundesrat hat die Vernehmlassung am 3. April 2020 eröffnet und deren Ergebnisse am 11. November 2020 zur Kenntnis genommen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zum Gasversorgungsgesetz verabschiedet. ***

Zum Entwurf des Gasversorgungsgesetzes gingen in der Vernehmlassung vielfältige und ausführliche Rückmeldungen ein. Die Überarbeitung der Vorlage beansprucht deshalb mehr Zeit als vorgesehen.

- ▶ **Die Anhörung zur Revision des Sachplans Übertragungsleitungen ist eröffnet.**

Die Anhörung zur Revision des Sachplans Übertragungsleitungen konnte nicht wie geplant Ende des Berichtsjahres eröffnet werden. In der Erarbeitung zeigte sich, dass sich die Arbeiten an der Revision des Sachplans komplexer gestalten und einen umfangreicheren Koordinationsbedarf auslösen als ursprünglich angenommen.

Ziel 4

Die Politik bezüglich Radio und Fernsehen, Postwesen sowie Informations- und Kommunikationstechnologien ist mit Blick auf die Bedürfnisse der Kunden sowie des Wirtschafts- und Forschungsstandorts Schweiz weiterentwickelt und trägt zur digitalen Entfaltung der Schweiz bei.

Überwiegend realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat über die Weiterentwicklung der Strategie «Digitale Schweiz» entschieden. ***

Der Bundesrat hat am 11. September 2020 die Strategie «Digitale Schweiz» für die nächsten zwei Jahre verabschiedet. Die Strategie gibt die Leitlinien für die Digitalpolitik des Bundes vor.

- ▶ **Der nationale Frequenzzuweisungsplan (NaFZ) ist genehmigt. ***

Der Bundesrat hat am 4. Dezember 2020 den nationalen Frequenzzuweisungsplan (NaFZ) genehmigt. Der NaFZ berücksichtigt unter anderem die an der Weltfunkkonferenz 2019 beschlossenen neuen Frequenzbereiche für die mobile Breitband- und Satellitenkommunikation.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Teilrevision des Radio- und Fernsehgesetzes verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat am 29. April 2020 die Botschaft zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien verabschiedet. Das Massnahmenpaket sieht einen Ausbau der indirekten Presseförderung, eine Unterstützung von Online-Medien sowie weitere Massnahmen zugunsten der elektronischen Medien vor.

- ▶ **Die für die Umsetzung des revidierten Fernmeldegesetzes notwendigen Verordnungsanpassungen sind vom Bundesrat verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 18. November 2020 die revidierten Ausführungsbestimmungen zum Fernmeldegesetz (FMG) verabschiedet. Neben technischen Anpassungen im Bereich der Frequenzen, Neuerungen bei den Adressierungselementen bringen diese weitere Verbesserungen des Konsumentenschutzes mit sich.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Teilrevision der Postverordnung in Umsetzung der Mo. Maire 14.4091 und Mo. Clottu 14.4075 «Die Post. Postsendungen sollen allen zugestellt werden!» (zwei Motionen mit gleichlautendem Wortlaut) und Mo. Candinas 16.3848 «Flächendeckende Postzustellung bis zur Mittagszeit» zur Zustellung von Postsendungen verabschiedet.**

Der Bundesrat hat am 18. September 2020 die Teilrevision der Postverordnung verabschiedet. Die hauptsächlichen Änderungen betreffen die Zeitungszustellung, die Hauszustellung, die elektronische Empfangsbestätigung sowie Konkretisierungen bei der Grundversorgung im Zahlungsverkehr.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Mandat für den Weltpostkongress 2020 verabschiedet.**

Die Verabschiedung des Verhandlungsmandats konnte im Berichtsjahr nicht erfolgen, da der Weltpostkongress aufgrund der Covid-19-Pandemie verschoben werden musste.

Ziel 5

Boden und natürliche Ressourcen werden schonend genutzt.

Nicht realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das weitere Vorgehen beim Kompetenzzentrum Boden und der schweizweiten Bodenkartierung festgelegt. ***

Der Bundesrat hat am 8. Mai 2020 die langfristige Finanzierung des Kompetenzzentrums Boden sowie die Erarbeitung eines Konzeptes für eine schweizweite Bodenkartierung beschlossen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Verordnung über die Rückgabe, die Rücknahme und die Entsorgung elektrischer und elektronischer Geräte (VREG) geändert.**

Die Verordnungsrevision konnte nicht wie geplant abgeschlossen werden, da im Rahmen der Vernehmlassung stark divergierende Rückmeldung eingegangen waren.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Vernehmlassung zur Revision des Umweltschutzgesetzes (USG) in Erfüllung der Motion Flach 16.3529 «Siedlungsentwicklung nach innen nicht durch unflexible Lärmessmethoden behindern» eröffnet. ***

Die Vernehmlassung konnte nicht wie geplant eröffnet werden, da die Vorarbeiten aufgrund einer Konsolidierung mit der Bau-, Planungs- und Umweltdirektoren-Konferenz BPUK länger dauerten als geplant.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht zur Wirkungsanalyse Zweitwohnungsgesetz zur Kenntnis genommen. ***

Gemäss Artikel 19 des Zweitwohnungsgesetzes (ZWG) untersucht das ARE in Zusammenarbeit mit dem SECO regelmässig die Wirkungen dieses Gesetzes. UVEK und WBF erstatten dem Bundesrat periodisch Bericht. Die erstmalige Berichterstattung konnte aufgrund der Covid-19-Pandemie nicht wie vorgesehen im Berichtsjahr erfolgen.

- ▶ **Der Bundesrat hat den überarbeiteten Sachplan Fruchtfolgeflächen (FFF) verabschiedet und der Bericht «Strukturwandel als Folge der Rückkehr der Grossraubtiere» (in Erfüllung des Po. UREK-S 18.4095) gutgeheissen. ***

Mit Beschluss vom 8. Mai 2020 zum «Massnahmenpaket nachhaltige Sicherung der Ressource Boden» hat der Bundesrat den Sachplan Fruchtfolgeflächen verabschiedet. Der Bericht «Strukturwandel als Folge der Rückkehr der Grossraubtiere» konnte noch nicht zu Beschlussfassung vorgelegt werden, da die Erarbeitung der Grundlagen sehr komplex und zeitaufwändig ist.

- ▶ **Der Bundesrat hat der Bericht «Ökologischer und wirtschaftlicher Umgang mit Kunststoffen und Kunststoffabfällen» (in Erfüllung der Po. Thorens Goumaz 18.3196 / Munz 18.3496 / Romano 19.3765 / Flach 19.3818) gutgeheissen. ***

Der Bericht konnte noch nicht abgeschlossen werden, da weitere parlamentarische Vorstösse zur gleichen Thematik zu berücksichtigen sind sowie auch die aufgenommenen Arbeiten zur Kreislaufwirtschaft (Pa. Iv. UREK-N 20.433).

Ziel 6

Die Schweiz leistet ihren Beitrag zum Klimaschutz und zur Erhaltung der Biodiversität und setzt sich international für eine wirksame Umweltpolitik ein.

Teilweise realisiert

- ▶ **Der Bundesrat hat das Verhandlungsmandat für Verhandlungen im Rahmen der COP Klima und das Verhandlungsmandat für Verhandlungen im Rahmen der globalen Biodiversitätskommission verabschiedet. ***

Die Verabschiedung der Verhandlungsmandate konnte im Berichtsjahr nicht erfolgen, da die Verhandlungen im Rahmen der COP Klima und der globalen Biodiversitätskommission aufgrund der Covid-19-Pandemie auf das Folgejahr verschoben werden mussten.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Aktionsplan 2020–2025 «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz» gutgeheissen. ***

Der Bundesrat hat den Aktionsplan 2020–2025 «Anpassung an den Klimawandel in der Schweiz» am 19. August 2020 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat das Landschaftskonzept Schweiz genehmigt. ***

Der Bundesrat hat die Aktualisierung des Landschaftskonzeptes Schweiz am 27. Mai 2020 gutgeheissen.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Botschaft zur Revision des USG in Umsetzung der Strategie invasive gebietsfremde Arten verabschiedet. ***

Die Botschaft konnte noch nicht verabschiedet werden, da sich der Bundesrat aufgrund der Covid-19-Pandemie auf die dringlichsten Vorlagen beschränken musste.

- ▶ **Der Bundesrat hat entschieden, ob er der Volksinitiative für ein Gesundes Klima (Gletscherinitiative) einen Gegenvorschlag gegenüberstellen will.**

Der Bundesrat hat am 3. April 2020 entschieden, der Volksinitiative für ein Gesundes Klima (Gletscherinitiative) einen direkten Gegenentwurf gegenüberzustellen. Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren am 2. September 2020 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat den Bericht in Erfüllung des Po. Thorens Goumaz 18.4211 «Von welcher Bedeutung könnten negative CO₂-Emissionen für die künftigen klimapolitischen Massnahmen der Schweiz sein?» zur Bedeutung von negativen Emissionstechnologien gutgeheissen. Der Bundesrat hat die Vernehmlassung über die Ausführungsbestimmungen des totalrevidierten CO₂-Gesetzes eröffnet, oder – falls sich die parlamentarischen Beratungen verzögern – Änderungen der CO₂-Verordnung zur Verlängerung der befristeten klimapolitischen Instrumente erlassen. ***

Der Bericht «Von welcher Bedeutung könnten negative CO₂-Emissionen für die künftigen klimapolitischen Massnahmen der Schweiz sein?» wurde am 2. September 2020 vom Bundesrat gutgeheissen. Der Bundesrat hat die Änderungen der CO₂-Verordnung zur Verlängerung der befristeten klimapolitischen Instrumente am 25. November 2020 erlassen.

- ▶ **Der Bundesrat hat Strategie für die langfristige Klimapolitik der Schweiz bis 2050 erarbeitet. ***

Die Strategie für die langfristige Klimapolitik der Schweiz bis 2050 konnte aufgrund der verzögerten Arbeiten zur Totalrevision des CO₂-Gesetzes im Berichtsjahr nicht verabschiedet werden.

- ▶ **Das Bundesamt hat die Vernehmlassung zur Anpassung des Wasserbaugesetzes und die Vernehmlassung zu einer Revision des Gentechnikgesetzes (GTG) eröffnet. ***

Die Vernehmlassung zur Anpassung des Wasserbaugesetzes konnte noch nicht eröffnet werden, da zusätzlich die Option einer Namensänderung des Gesetzes abgeklärt werden musste. Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zu einer Revision des Gentechnikgesetzes (GTG) am 11. November 2020 eröffnet.

- ▶ **Der Bundesrat hat die Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und den Aktionsplan 2020–2023 verabschiedet. ***

Der Bundesrat hat das Vernehmlassungsverfahren zur Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 am 4. November 2020 eröffnet. Die bundesinternen Abstimmungsarbeiten haben mehr Zeit in Anspruch genommen als ursprünglich geplant. Die überarbeitete Strategie Nachhaltige Entwicklung 2030 und der Aktionsplan 2021–2023 konnten im Berichtsjahr nicht verabschiedet werden.